

Prognose der österreichischen Wirtschaft 2011-2012

April 2011

SPERRFRIST: Freitag, 1. April 2011, 11:00 Uhr



INSTITUT FÜR HÖHERE STUDIEN
INSTITUTE FOR ADVANCED STUDIES

Vienna

Prognose der österreichischen Wirtschaft 2011-2012

Jahresmodell LIMA/05
April 2011

Die ökonometrischen Modellprognosen
werden von einer Arbeitsgruppe
der Abteilung Ökonomie erstellt:

Bernhard Felderer
Ines Fortin
Daniela Grozea-Helmenstein
Jaroslava Hlouskova
Helmut Hofer
Robert M. Kunst
Ulrich Schuh
Wolfgang Schwarzbauer
Edith Skriner
Ludwig Strohner
Klaus Weyerstraß

Ökonometrisches Forschungsprogramm
des Instituts für Höhere Studien

Kontakt:

Bernhard Felderer
☎: +43/1/59991-125
email: felderer@ihs.ac.at

Helmut Hofer
☎: +43/1/599 91-251
email: hofer@ihs.ac.at

Ulrich Schuh
☎: +43/1/599 91-148
email: schuh@ihs.ac.at

Tanja Gewis
Public Relations
☎: +43/1/599 91-122
email: gewis@ihs.ac.at

Das Institut für Höhere Studien (IHS) wurde im Jahr 1963 auf Initiative von Paul F. Lazarsfeld und Oskar Morgenstern mit Unterstützung durch die Ford Foundation, das Österreichische Bundesministerium für Unterricht und die Stadt Wien als ein privater gemeinnütziger Verein gegründet. Seit seinen Anfängen ist das IHS dem Prinzip verpflichtet, dass wissenschaftliche Forschung und Zusammenarbeit eine Plattform für kritische Diskussion, Konsensfindung und sowohl offene als auch kritische wissenschaftliche Expertise bietet. Das höchste Organ des Instituts ist ein Kuratorium, das sich aus bedeutenden Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft zusammensetzt. Außerdem wird das Institut von einem international besetzten Beirat unterstützt. Die Finanzierung erfolgt über Subventionen des Bundes (BM für Finanzen und BM für Wissenschaft und Forschung), der Oesterreichischen Nationalbank, der Gemeinde Wien und sonstiger Institutionen. Über 40 % des Institutsbudgets wird durch Auftragsforschung erwirtschaftet.

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung und Zusammenfassung	1
	Texttabelle: Wichtige Prognoseergebnisse	4
	Abbildungen: Wichtige Prognoseergebnisse	5/6
2.	Die internationale Konjunktur	7
	2.1 Internationale Konjunkturprognosen	7
	2.2 Länderprognosen	9
	Texttabelle: Internationale Rahmenbedingungen	19
3.	Die österreichische Außenwirtschaft	20
	Abbildung: Wachstumsbeiträge der realen Endnachfragekomponenten	22
4.	Perspektiven der Inlandskonjunktur	23
	Abbildung: Sparquote der privaten Haushalte	23
	Abbildung: Beurteilung der Auftragsbestände	25
	Abbildung: Produktionstätigkeit der nächsten drei Monate	25
	Abbildung: Kapazitätsauslastung in der österreichischen Industrie	26
	Abbildung: Inflationsrate	30
	Texttabelle: Arbeitsmarktentwicklung 2011	32
5.	Monetäre Prognose	34
	Texttabelle: Leitzinsen.....	34
	Abbildung: Ergebnisse der monetären Prognose	35/36
	Tabellenanhang	37

1. Einleitung und Zusammenfassung

Konjunktur trotz Inflationsbeschleunigung

Die Weltwirtschaft erholte sich erstaunlich rasch von der „Großen Rezession“ und wuchs im Vorjahr um knapp 5 %. Nach einer leichten Abschwächung in der zweiten Jahreshälfte hat sich die Weltkonjunktur in den letzten Monaten wieder beschleunigt. Besonders dynamisch entwickeln sich die Schwellenländer und treiben den Welthandel an. Auch die US-Wirtschaft wächst wieder kräftig. So hat das BIP im vierten Quartal um 0.8 % gegenüber dem Vorquartal zugelegt. Im Euroraum ist das Wachstum mit 0.3 % gegenüber dem Vorquartal hingegen nur verhalten ausgefallen. Auffallend ist die beträchtliche Heterogenität in der europäischen Wachstumsdynamik. Während Länder wie Deutschland oder Schweden kräftig expandieren, ist die Konjunktur in Südeuropa, aber auch im Vereinigten Königreich, äußerst schwach. Die vorliegenden Indikatoren deuten darauf hin, dass die Weltwirtschaft im ersten Quartal noch rasch gewachsen ist. Allerdings dürfte sich die wirtschaftliche Dynamik im Jahresverlauf spürbar abschwächen. In den Schwellenländern zeigen sich bereits Überhitzungserscheinungen. In einigen Ländern hat die Wirtschaftspolitik darauf reagiert und restriktive Maßnahmen eingeleitet. In den entwickelten Volkswirtschaften schlagen die hohen Rohstoff- und Energiepreise auf die Verbraucherpreise durch und reduzieren das verfügbare Realeinkommen der privaten Haushalte. Von der Wirtschaftspolitik sind keine belebenden Impulse mehr zu erwarten. Aufgrund des hohen Preisauftriebs wird die Geldpolitik restriktiver werden, und die hohen Staatsschulden erfordern einen strikten Budgetkonsolidierungskurs.

Die österreichische Wirtschaft ist laut der vorliegenden Quartalsrechnung im Jahresdurchschnitt 2010 um 2 % gewachsen. Getragen wurde die Konjunkturerholung von der kräftigen Expansion der Weltwirtschaft. So haben die realen Exporte um 10.8 % zugelegt. Mit 1 % ist das Wachstum der Konsumnachfrage der privaten Haushalte verhalten ausgefallen. Schwach blieben die Anlageinvestitionen, wobei die Bauinvestitionen bereits das zweite Jahr in Folge rückläufig waren. Aufgrund der kräftigen Exportzuwächse war die Konjunkturdynamik im Jahresverlauf hoch. Auch im vierten Quartal hat das BIP noch um 0.8 % gegenüber dem Vorquartal zugelegt. Die vorliegenden Indikatoren deuten auf eine nur geringe Abschwächung der Wachstumsdynamik seit Jahresbeginn hin. Vor diesem Hintergrund hebt das Institut seine Wachstumsprognose für die österreichische Wirtschaft für 2011 auf 2.3 % an. Für 2012 erwartet das Institut eine BIP-Wachstumsrate von 2.1 %.

Das Institut unterstellt folgendes internationales Konjunkturbild. Nach 2.6 % im Vorjahr, sollte die Wachstumsrate in den OECD-Ländern im Prognosezeitraum jeweils 2.4 % betragen. Das BIP in den USA wird 2011 um 2.9 % und 2012 um 2.7 % zulegen. Für den Euroraum werden Werte von 1.8 % bzw. 1.7 % erwartet. Das BIP-Wachstum in Deutschland wird auf 2.9 % bzw. 2.2 % eingeschätzt. In Mittel- und Osteuropa beschleunigt sich die Wirtschaftsdynamik mit Raten von 2.9 % und 3.6 %.

Hinsichtlich der internationalen Rahmenbedingungen bestehen weiterhin Prognoserisiken. Die hohe öffentliche Verschuldung in einigen Ländern könnte über höhere langfristige Zinssätze sowie negative

Vertrauenseffekte die Wirtschaftsleistung im Euroraum dämpfen. Es sind auch die von den Entwicklungen in Nordafrika ausgehenden politischen Risiken zu berücksichtigen, die einen weiteren Anstieg der Energiepreise auslösen könnten. Dadurch würde die reale Kaufkraft der privaten Haushalte weiter reduziert. Das Institut geht davon aus, dass die Naturkatastrophe in Japan nur geringe Folgen für die Weltwirtschaft nach sich ziehen. Gegenwärtig bestehen aber auch Aufwärtsrisiken für die Konjunktur. Aufgrund des hohen Wachstumstempos der deutschen Wirtschaft und der bisherigen Wirtschaftsdynamik könnte das österreichische BIP-Wachstum in diesem Jahr höher ausfallen als in dieser Prognose unterstellt.

Laut den vorliegenden Quartalsdaten hat das Wachstum des privaten Konsums in Österreich im Vorjahr 1 % betragen. Für 2011 wird nunmehr ein Wert von 0.8 % erwartet. Die deutlich höheren Verbraucherpreise drücken auf die Realeinkommen der privaten Haushalte. Das Institut unterstellt, dass die Konsumenten ihre Sparquote um 0.4 Prozentpunkte zurücknehmen. Für 2012 ergibt die Prognose eine Beschleunigung des Konsumwachstums auf 1.1 %.

2010 ist die Investitionsnachfrage verhalten ausgefallen. Nach dem krisenbedingten Einbruch 2009 erholten sich die Ausrüstungsinvestitionen im Vorjahr nur zögerlich und erreichten im Jahresdurchschnitt ein geringfügiges Wachstum von 1.2 %. Die Bauinvestitionen sind mit einem Rückgang um 3.4 % nochmals deutlich gefallen. Aufgrund des Lageraufbaus wuchsen die Bruttoinvestitionen mit 3.8 % recht kräftig. Das Investitionsklima hellt sich im Prognosezeitraum auf. Die positive wirtschaftliche Dynamik und die gute Kapazitätsauslastung sollten auf die Ausrüstungsinvestitionen durchschlagen. Somit werden Wachstumsraten von 4.5 % bzw. 3.5 % bei diesem Aggregat erwartet. Die Bauinvestitionen stabilisieren sich auf niedrigem Niveau (0.0 % bzw. 0.5 %). Die Bruttoinvestitionen legen folglich um 2.5 % bzw. 2.1 % zu.

Nach dem krisenbedingten Einbruch 2009 führte der Aufschwung der Weltwirtschaft zu einer starken Belebung der österreichischen Exporte. Im Jahresdurchschnitt 2010 legten die Warenexporte um 12.6 % zu. Die Exporte laut VGR i. w. S. stiegen um 10.8 %. Die Warenimporte erhöhten sich wegen der Vorleistungsverflechtungen und der höheren Inlandsnachfrage um 10.5 %. Bei den Importen laut VGR i. w. S. betrug der Anstieg 9.2 %. Im Prognosezeitraum verringern sich die Impulse aus dem Ausland zwar, bleiben aber relativ kräftig. Somit wird ein Anstieg der Warenexporte von 8.8 % im Jahr 2011 prognostiziert. Für 2012 wird ein Wachstum von 6.8 % erwartet. Dies impliziert für die Exporte i. w. S. Wachstumsraten von 7.4 % bzw. 5.9 %. Weiterhin kräftig bleibt auch die Nachfrage nach Warenimporten (6.1 % bzw. 5.1 %). Die Importe i. w. S. wachsen um 5.7 % bzw. 4.8 %. Damit leistet die Außenwirtschaft wieder einen positiven Wachstumsbeitrag.

Seit Jahresende 2010 ist die Inflation in Österreich sprunghaft angestiegen. Im Februar wurde bereits ein Wert von 3 % verzeichnet. Angetrieben wird die Preissteigerung von der Entwicklung der internationalen Rohstoff- und Energiepreise. Zusätzlich geht von den Maßnahmen der Budgetkonsolidierung (Erhöhung der Mineralöl- und Tabaksteuer, Einführung der Flugticketabgabe) ein preistreibender Impuls aus. Die Kerninflation ist leicht gestiegen. Aufgrund des Wegfalls des Basiseffekts bei den Energiepreisen ist im weiteren Jahresverlauf mit einer Verlangsamung der Inflation zu rechnen. Für

den Jahresdurchschnitt 2011 hebt das Institut seine Inflationsprognose auf 2.7 % an. 2012 wird eine Inflationsrate von 2.3 % erwartet.

Die Konjunkturerholung schlägt deutlich auf den Arbeitsmarkt durch. Entgegen den Befürchtungen ist die Beschäftigung im Vorjahr deutlich gewachsen (0.8 %) und die Arbeitslosenquote ist von 7.2 % auf 6.9 % zurückgegangen. Im Prognosezeitraum wird die Beschäftigungsnachfrage weiterhin dynamisch ausfallen und um 1 % bzw. 0.9 % zunehmen. Allerdings wird auch das Arbeitskräfteangebot merklich ausgeweitet. Dies geht auf konjunkturelle und auf Sondereffekte (etwa Freizügigkeit der Arbeitskräfte aus den mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten) zurück. Das Institut erwartet daher eine Stagnation bei der Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosenquote nach nationaler Definition wird auf 6.8 % bzw. 6.7 % eingeschätzt, laut Eurostat-Definition wird für beide Jahre ein Wert von 4.3 % erwartet.

Die Budgetentwicklung im Prognosezeitraum wird von den Konsolidierungsmaßnahmen der Bundesregierung dominiert. Laut Schätzungen des Instituts hat die Defizitquote im Vorjahr 4.1 % betragen. Gegenwärtig erwartet das Institut für die Jahre 2011 und 2012 eine Defizitquote von 3 % bzw. 2.5 %. Diese Prognose basiert auf dem Rechtsstand Februar 2011, allfällige statistische Änderungen in der Defizitberechnung des öffentlichen Sektors (z. B. Einbeziehung der ÖBB) sind daher nicht inkludiert. Jedenfalls ist strikte Budgetdisziplin notwendig, um die Konsolidierungsziele zu erreichen. Aufgrund des hohen Ausgangswerts des gesamtstaatlichen Defizits und des Schuldenstands sowie angesichts der demografischen Entwicklung ist aus mittel- bis längerfristiger Sicht die Ausschöpfung aller Effizienzpotenziale im öffentlichen Sektor unbedingt notwendig. Erforderlich sind eine entschlossene Umsetzung der Verwaltungsreform, eine Reform des Finanzausgleichs sowie Maßnahmen zur Dämpfung des Kostendrucks etwa im Pensions-, Gesundheits- und Pflegebereich.

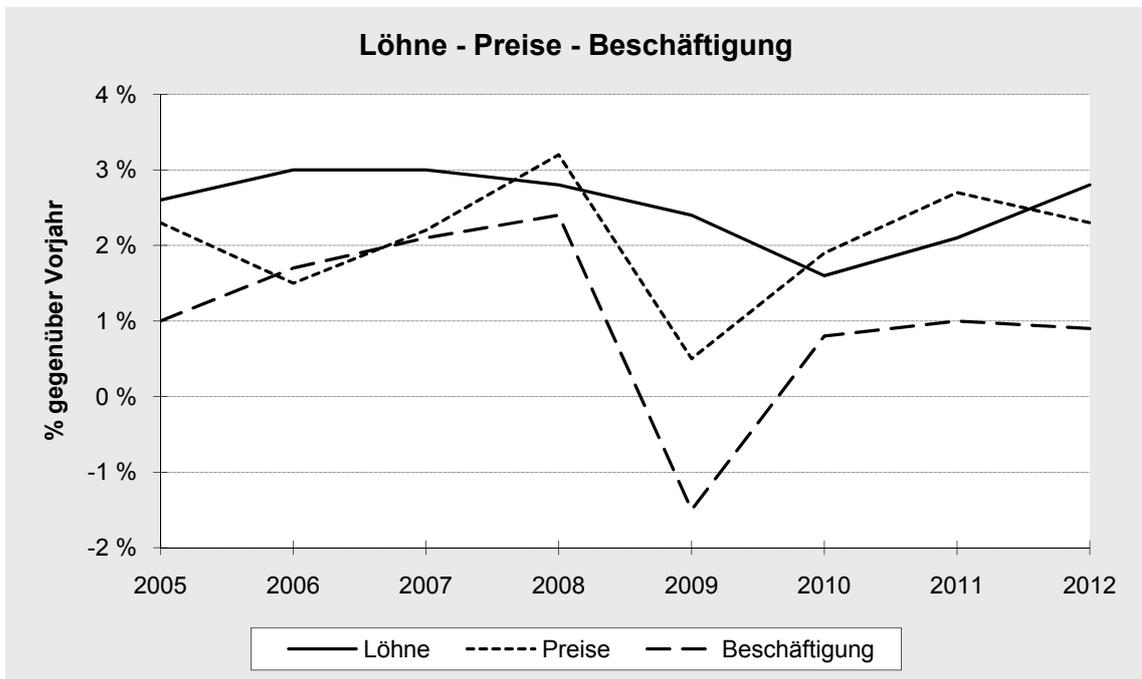
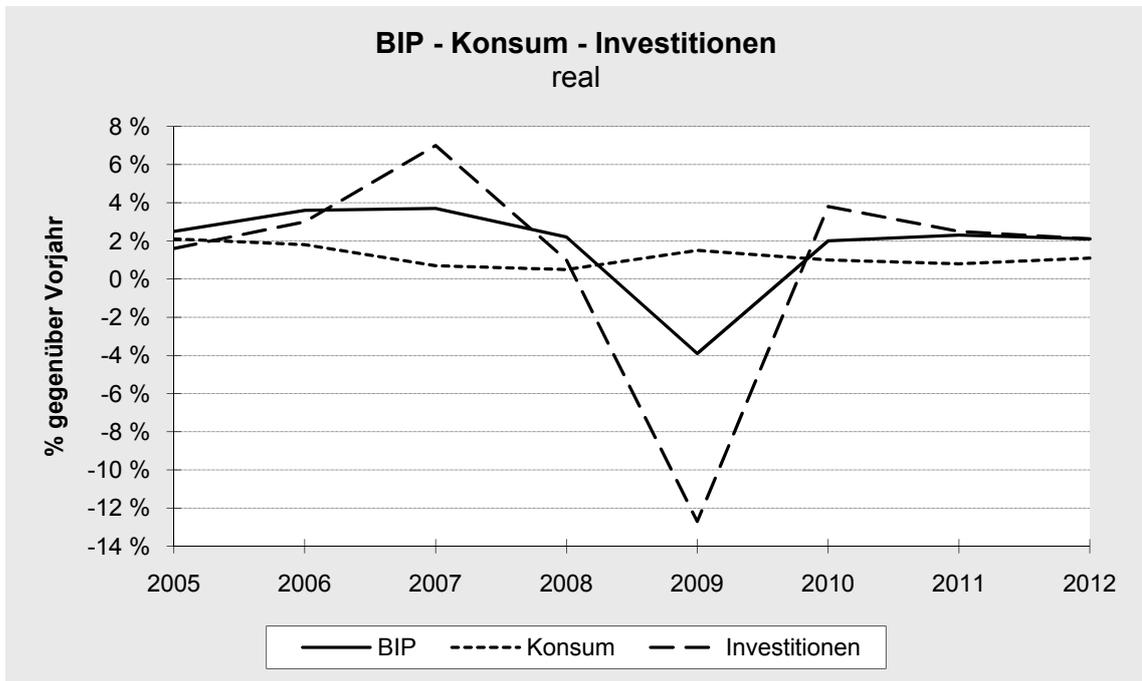
Wichtige Prognoseergebnisse

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

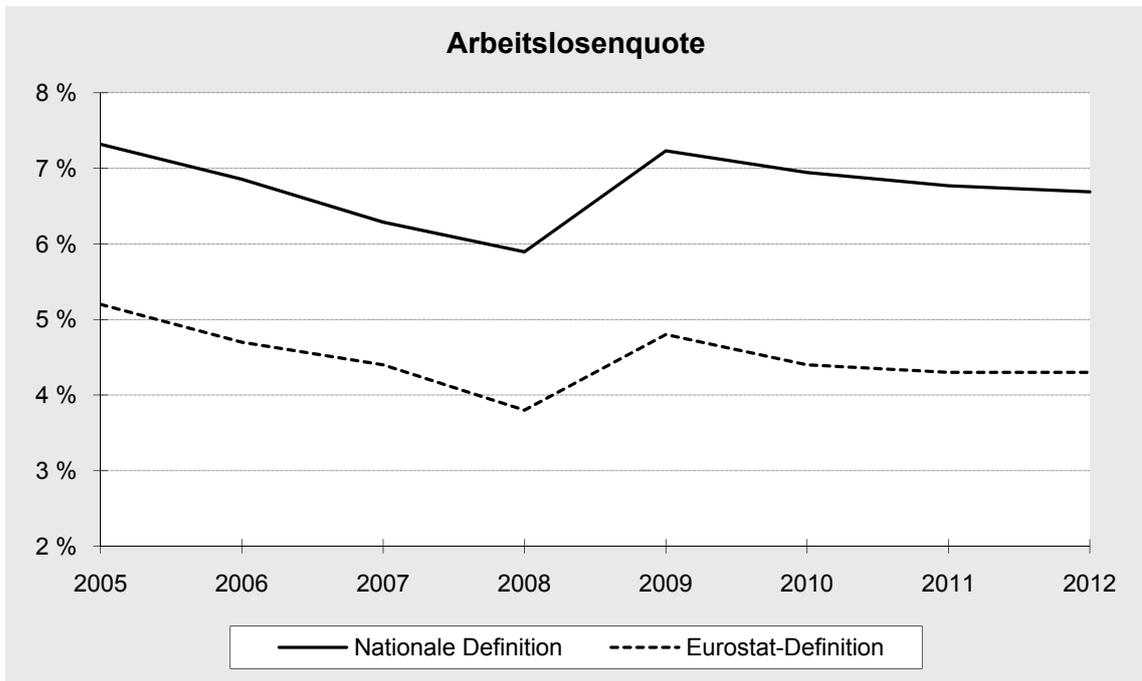
	2010	2011	2012
Bruttoinlandsprodukt, real	2.0	2.3	2.1
Privater Konsum, real	1.0	0.8	1.1
Bruttoinvestitionen insgesamt, real	3.8	2.5	2.1
Ausrüstungsinvestitionen, real	1.2	4.5	3.5
Bauinvestitionen, real	-3.4	0.0	0.5
Inlandsnachfrage, real	0.8	1.1	1.2
Exporte i.w.S., real	10.8	7.4	5.9
Waren, real (laut VGR)	12.6	8.8	6.8
Reiseverkehr, real (laut VGR)	2.5	0.8	1.5
Importe i.w.S., real	9.2	5.7	4.8
Waren, real (laut VGR)	10.5	6.1	5.1
Reiseverkehr, real (laut VGR)	-1.1	0.5	0.6
Unselbständig Aktiv-Beschäftigte	0.9	1.1	0.9
Arbeitslosenquote: Nationale Definition ^{*)}	6.9	6.8	6.7
Arbeitslosenquote: Eurostat-Definition ^{*)}	4.4	4.3	4.3
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten	1.6	2.1	2.8
Preisindex des BIP	1.5	2.0	2.0
Verbraucherpreisindex	1.9	2.7	2.3
3-Monats-Euribor ^{*)}	0.8	1.6	2.2
10-Jahres-BM-Rendite öst.Staatsanleihen ^{*)}	3.2	3.7	4.5

^{*)} absolute Werte

WICHTIGE PROGNOSEERGEBNISSE / 1



WICHTIGE PROGNOSEERGEBNISSE / 2



2. Die internationale Konjunktur

2.1 Internationale Konjunkturprognosen

Die Weltwirtschaft hat die „Große Rezession“ rasch überwunden. Die Wachstumsimpulse kamen aus den Schwellenländern, wo es einen hohen Bedarf an Investitionsgütern gibt. Exportorientierte Ökonomien wie Deutschland haben von der hohen Nachfragedynamik aus Asien profitiert. 2010 entwickelten sich auch der Welthandel und die grenzüberschreitenden Kapitalflüsse sehr dynamisch, die Rückschläge von 2009 konnten bislang dennoch nicht zur Gänze aufgeholt werden. Die belebte globale Nachfrageentwicklung hat Preissteigerungen bei den Rohstoffen mit sich gebracht. 2011 sind die Ausichten für die globale Konjunkturentwicklung etwas gedämpfter. Die Rohstoffpreisentwicklung, politische Unruhen in Nordafrika und im Nahen Osten, die hohe Verschuldung einzelner Staaten sowie die Naturkatastrophe in Japan und ihre Folgen belasten die weltweite Konjunktur. In den Schwellenländern zeigen sich bereits Überhitzungserscheinungen. Auch in den USA und in Europa zieht die Inflation an. Angesichts der Preissteigerungen wird die Geldpolitik restriktiver werden. Die Arbeitslosigkeit dürfte hoch bleiben. Laut einer Studie der *International Labour Organization* (ILO), sind in den Entwicklungsländern trotz starken Wirtschaftsaufschwungs kaum neue Arbeitsplätze entstanden.

Seit Jahresbeginn haben sich die Wachstumserwartungen für die Weltwirtschaft aufgehellt. Laut ifo ist der Indikator für das Weltwirtschaftsklima nach einem leichten Rückgang im vierten Quartal 2010 wieder gestiegen und befindet sich deutlich über seinem langjährigen Durchschnitt. Die Indexentwicklung resultiert aus günstigeren Einschätzungen sowohl der derzeitigen Lage als auch der Perspektiven für die nächsten sechs Monate. Für Nordamerika hat der Indikator seinen höchsten Stand seit Ende 2007 erreicht, und auch für Westeuropa zog der Indikator nach der Verlangsamung im zweiten Halbjahr 2010 wieder stärker an, wenn auch nicht so ausgeprägt. Für Asien blieb der Indikator hingegen unter seinem hohen Wert vom dritten Quartal 2010. Für Nordamerika und Westeuropa resultierte die Verbesserung des Indikators gleichermaßen aus einer positiveren Einschätzung der Lage als auch der Erwartungen. In Asien dagegen zogen insbesondere die Erwartungen deutlich an, während sich die Einschätzung der aktuellen Wirtschaftslage nur marginal verbesserte. In nahezu allen Ländern zeigen die Preiserwartungen nach oben. Auch der *JPMorgan Global Manufacturing and Services Purchasing Managers Index* zeigt, dass sich im ersten Quartal 2011 die Dynamik in der Weltwirtschaft im Vergleich zum Vorquartal beschleunigt hat. Der Index weist auch auf eine robuste Entwicklung in den kommenden Monaten hin. Im Februar sind die Neuaufträge in der Güterverarbeitenden Industrie auf ein Sieben-Jahres-Hoch gestiegen. Neben der verbesserten Inlandsnachfrage verzeichnen viele Länder auch eine Beschleunigung der Exportnachfrage. Dieser Index hat den höchsten Wert seit Mai 2010 erreicht. Die Industrieländer verzeichneten dabei die stärkste Dynamik.

Die starke globale Nachfrage, Naturkatastrophen und politische Faktoren haben zu Preissteigerungen bei Rohstoffen geführt. Der Ölpreis ist im März auf durchschnittlich 114 US-Dollar gestiegen und lag somit um 45 % über dem Vorjahresniveau. Die Rohstoffpreise ohne Energie haben im Vorjahresvergleich um 44 % zugelegt. Nach 79.9 US-Dollar pro Fass im Jahresdurchschnitt 2010 wird in dieser

Prognose für die Jahre 2011 und 2012 ein Ölpreis von 112 bzw. 115 US-Dollar unterstellt. Für den Jahresdurchschnitt 2010 ergab sich ein Wechselkurs von 1.33 USD/EUR. Für 2011 und 2012 wird ein Wechselkurs von 1.39 bzw. 1.40 USD/EUR erwartet.

Die globale Wirtschaftsleistung hat sich 2010 voraussichtlich um 4.9 % ausgeweitet. Der Welthandel ist 2010 im Jahresdurchschnitt um 15.1 % gewachsen. Für 2011 wird eine Wachstumsabschwächung auf 8 % erwartet. In den OECD-Ländern ist das BIP im Jahr 2010 um 2.6 % gewachsen, 2011 dürfte es um 2.4 % zulegen. Die gesamtwirtschaftliche Produktion in der EU ist 2010 um 1.8 % gewachsen. Für 2011 wird ein BIP-Wachstum in gleicher Höhe erwartet. Laut Internationalem Währungsfonds (IWF) ist die Wirtschaftsleistung in den asiatischen Schwellenländern (inklusive China und Indien) 2010 um 9.3 % gewachsen. Für 2011 geht der IWF von einem Plus von 8.4 % aus. In Lateinamerika ist das BIP 2010 um 5.9 % gestiegen, die Wirtschaft Brasiliens ist dabei um 7.5 % gewachsen. 2011 werden die Kapitalzuflüsse in die Region sehr belebt bleiben. Zu Jahresende 2010 hat sich in einigen Ländern Lateinamerikas der Inflationsdruck verstärkt, was zu einem höheren Zinsniveau führen sollte. 2011 wird sich laut IWF das Wachstum der Region auf 4.3 % abschwächen.

2010 erwiesen sich Deutschland und Polen als die Wachstumsmotoren in der Europäischen Union. In den anderen großen EU-Staaten ist die Konjunktur hingegen deutlich schwächer ausgefallen, wobei sich die Probleme in einigen Ländern, wie Portugal und Griechenland, verstärkt haben. Im Euroraum wurde das Wirtschaftswachstum von den Exporten getragen. Die starke Nachfrage kam insbesondere aus den Schwellenländern, dagegen ist die Konsumdynamik wegen der hohen Arbeitslosigkeit und der gedämpften Einkommensentwicklung verhalten ausgefallen. Das BIP im Euroraum könnte 2011 um 1.8 % zulegen. Die Binnennachfrage dürfte sich im Vergleich zum Vorjahr verbessern. Eine stärkere Belebung sollte es bei den Konsumausgaben geben und die Investitionstätigkeit dürfte zum ersten Mal seit 2007 wieder ausgeweitet werden. Die hohe Dynamik in der Exportnachfrage wird sich 2011 etwas abschwächen. Die Arbeitslosigkeit wird nur sehr langsam zurückgehen und die Inflation wird die 2-Prozent-Marke überschreiten. Aufgrund des Inflationsdrucks erwartet das Institut im April den ersten Zinsschritt der Europäischen Zentralbank seit Mai 2009.

Im vierten Quartal 2010 ist das BIP im Euroraum um 0.3 % gegenüber dem Vorquartal gestiegen, gegenüber dem Vorjahresquartal hat es um 2 % zugenommen. Die starke Exportnachfrage hat wesentlich zur Erholung beigetragen. Im ersten Quartal 2011 dürfte sich die konjunkturelle Entwicklung wieder beschleunigt haben. Der Markit Einkaufsmanagerindex erzielte im Februar den höchsten Stand seit Juli 2006. Die Güterverarbeitende Industrie verzeichnete den steilsten Aufwärtstrend seit zehn Jahren. Deutschland und Frankreich wiesen dabei die stärkste Dynamik auf, aber auch in Italien, Spanien und Irland setzte eine Belebung ein. Im Dienstleistungssektor ergibt sich ein ähnliches Bild. Laut Europäischer Kommission stagnierte im Februar das Geschäftsklima im Euroraum im Vergleich zum Vormonat auf hohem Niveau.

Im Februar 2011 betrug die Arbeitslosenquote im Euroraum 9.9 %. Die höchste Arbeitslosigkeit verzeichnete Spanien mit 20.4 %. Die niedrigsten Quoten verzeichneten die Niederlande und Österreich mit jeweils 4.3 %. Die Teuerung hat erneut leicht angezogen. Die Inflationsrate im Euroraum, gemes-

sen am Anstieg des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI), betrug im Februar 2.4 %. Die geringsten Preissteigerungsraten wiesen im Februar Irland und Frankreich mit 0.9 % bzw. 1.8 % auf. Im Vergleich dazu stiegen die Preise in Österreich um 3.1 %. Estland und Griechenland verzeichneten mit 5.5 % bzw. 4.2 % die höchsten Inflationsraten.

2.2 Länderprognosen

Die Wirtschaft der **USA** ist 2010 um 2.9 % gewachsen. Der Aufschwung wurde von der Exportnachfrage und den Ausrüstungsinvestitionen getragen. Am Immobilienmarkt hat sich hingegen die Lage bestenfalls stabilisiert. Der private Konsum ist wegen der hohen Arbeitslosigkeit und Verschuldung der privaten Haushalte langsamer als im vergangenen Konjunkturaufschwung gewachsen. Das Leistungsbilanzdefizit hat 3.2 % des BIP betragen, das Budgetdefizit belief sich auf 8.9 % des BIP. Die Rohstoffpreisentwicklung und die Nachfragebelebung führten zu einem Anziehen der Inflation. Für 2011 erwartet das Institut ein Wirtschaftswachstum von wiederum 2.9 %. Die Nachfrage der privaten Haushalte dürfte sich verbessern. Die Investitionstätigkeit wird bei den Ausrüstungen noch stärker als im Vorjahr anziehen. Im Bausektor ist hingegen noch kein Aufschwung in Sicht. Aufgrund der Rohstoffpreisentwicklung wird sich das Leistungsbilanzdefizit, das sich seit Anfang 2007 kontinuierlich verringert hat, wieder ausweiten. Das Budgetdefizit der öffentlichen Hand dürfte zurückgeführt werden. Wegen der nur moderaten Ausweitung der Beschäftigung bleibt die Arbeitslosigkeit hoch. Die Inflation wird deutlich anziehen.

Die US-Wirtschaft ist im vierten Quartal 2010 zum sechsten Mal in Folge gewachsen. Das BIP legte zum Vorquartal um 0.8 % zu, gegenüber dem Vorjahresquartal stieg es um 2.8 %. Mit Ausnahme des öffentlichen Konsums und der Importe wurden alle nachfrageseitigen BIP-Komponenten im Quartalsvergleich ausgeweitet. Der stärkste Zuwachs wurde bei den Exporten verzeichnet. Eine Belebung gab es im privaten Wohnbau.

Im ersten Quartal 2011 dürfte sich die Konjunktorentwicklung in den USA weiter verstärkt haben. Der vom *Institute for Supply Management* (ISM) veröffentlichte Einkaufsmanagerindex für die Güterverarbeitende Industrie betrug im Februar 61.4 Punkte und erreichte den höchsten Stand seit 2004. Die Teilindizes für Produktion und Auftragslage haben zu diesem guten Ergebnis beigetragen. Für den Dienstleistungssektor stieg der Gesamtindex weiter auf 59.7 Punkte, wobei der Teilindex über die Auftragslage bei 64.4 Punkten lag. Alle Gesamt- und Teilindizes lagen somit im Februar deutlich über der Expansionsschwelle von 50 Punkten und weisen somit auf eine Ausweitung der Wirtschaftsaktivitäten in den kommenden Monaten hin. Diese optimistischen Erwartungen werden auch vom *Conference Board Leading Indicator* gestützt, der seit November des vergangenen Jahres seine Aufwärtsbewegung wieder deutlich verstärkt hat. Im Februar haben vor allem positive Finanzmarktdaten zur Indexentwicklung beigetragen. Die Lage auf dem US-Arbeitsmarkt hat sich trotz der guten Konjunktur nur leicht verbessert. Seit Jahresbeginn steigt die Beschäftigung. Die Arbeitslosenquote ist im Februar auf 8.9 % gesunken. Seit Jahresbeginn beschleunigt sich die Inflation. Die Verbraucherpreise sind im Februar im Vorjahresvergleich um 2.2 % gestiegen, die Produktionspreise legten um 5.8 % zu. In den kommenden Monaten ist mit einer weiteren Zunahme des Preisdrucks zu rechnen.

In **Japan** ist die Wirtschaft 2010 um 3.9 % gewachsen. Der starke Konjunkturaufschwung war primär auf die belebte Nachfrage aus den asiatischen Schwellenländern zurückzuführen. Die realen Exporte haben um 25 % zugelegt, allerdings nach einem Einbruch um 24 % im Jahr 2009. Steigende Löhne und Gehälter sowie staatliche Fördermaßnahmen haben 2010 die Konsumnachfrage belebt. Noch vor dem Erbeben, dem Tsunami und der Beschädigung des Atomkraftwerks in Fukushima im März 2011 hat das Institut für die japanische Wirtschaft eine konjunkturelle Abschwächung erwartet. Geht man davon aus, dass es zu keinen weiteren Katastrophen kommt, so werden zuerst Engpässe in der Logistik und der Energieversorgung auftreten. Vorübergehend ist mit einer rückläufigen Industrieproduktion zu rechnen. Durch die rasche Stabilisierung am Finanzmarkt ist jedoch ein Abrutschen der japanischen Wirtschaft in eine Rezession inzwischen sehr unwahrscheinlich geworden. In der zweiten Jahreshälfte 2011 wird voraussichtlich der Wiederaufbau in Gang kommen. Es ist mit einem starken Anstieg der ohnedies hohen öffentlichen Verschuldung zu rechnen. Nach einer Schätzung der Weltbank könnten die langfristigen Kosten der Katastrophe 2.5 % bis 4 % des japanischen Bruttoinlandsprodukts ausmachen. Das BIP-Wachstum könnte 2011 1 % betragen. Es werden auch moderate Preissteigerungen erwartet. Die japanische Zentralbank wird weiterhin an ihrer Niedrigzinspolitik festhalten.

Das japanische BIP ist im vierten Quartal 2010 zum Vorquartal um 0.3 % gesunken; gegenüber dem Vorjahresquartal ist es hingegen um 2.5 % gewachsen. Zum Rückgang im Quartalsvergleich haben der Konsum der privaten Haushalte und die Exporte beigetragen. In den ersten zwei Monaten 2011 hat die Konjunktur wieder Fahrt aufgenommen. Die Nachfrage nach Konsumgütern und vor allem die Exporte dürften wieder ausgeweitet worden sein. Laut *Nomura/JMMA Japan Manufacturing Purchasing Managers Index* verbessert sich die Auftragslage merklich. Die japanische Industrie beginnt jedoch unter den steigenden Produktionskosten zu leiden. Die Produktionspreise nahmen im Februar um 1.7 % zu. Die Verbraucherpreise legten hingegen im Vorjahresvergleich nur um 0.1 % zu. Die Arbeitslosenquote ist im Februar auf 4.6 % gesunken.

Die **Volksrepublik China** zählt derzeit zu den wichtigsten Wachstumsmotoren der Weltwirtschaft. Das BIP ist 2010 um 10.3 % gewachsen. Getragen wurde die Entwicklung von der Investitionstätigkeit. Die passiven Direktinvestitionen wuchsen um 17.4 %. Die steigenden Einkommen ermöglichten den privaten Haushalten, langlebige Wirtschaftsgüter wie Eigenheime und Kraftfahrzeuge zu erwerben. Die chinesische Währung wertete gegenüber dem US-Dollar etwas auf und begünstigte so die Importnachfrage. Im Außenhandel mit Gütern wurde 2010 zwar wieder ein Überschuss erzielt, er ist aber geringer als in den vergangenen Jahren ausgefallen, was auf den wachsenden Rohstoffbedarf in der Industrie zurückzuführen ist. Im Jahr 2011 könnte das Wirtschaftswachstum in China 9.5 % betragen. In der Bauindustrie wird die Konjunktur weiterhin sehr belebt bleiben. Das Auslaufen von Konjunkturpaketen, eine restriktivere Geldpolitik, striktere Bedingungen in der Kreditvergabe und eine weitere Währungsaufwertung könnten die Wirtschaftsentwicklung im laufenden Jahr etwas bremsen. Maßnahmen wie Preiskontrollen oder eine drastische Anhebung der Finanzierungskosten werden von der öffentlichen Hand erwogen, um die hohe Inflation in den Griff zu bekommen.

Im vierten Quartal 2010 wuchs das chinesische BIP um 9.8 % gegenüber dem Vorjahresquartal. Die Investitionen in die Infrastruktur, die starke Nachfrage nach Kraftfahrzeugen und der Einzelhandel verzeichneten die höchsten Wachstumsbeiträge. Die Konjunktur ist auch im ersten Quartal 2011 dynamisch geblieben. Der HSB-Einkaufsmanagerindex für Februar signalisiert, dass sich die aktuellen Bedingungen in der Güterverarbeitenden Industrie weiter verbessert haben. Die derzeitige Auftragslage deutet jedoch auf eine leichte Abschwächung der Wirtschaftsaktivitäten in den kommenden Monaten hin. Anders als in Japan ist es der chinesischen Industrie möglich, die hohen Produktionskosten auf die Käufer zu überwälzen. Im Februar sind die Erzeugerpreise um 6 % und die Verbraucherpreise um 4.1 % gestiegen, womit das Inflationsziel der chinesischen Regierung von 3 % deutlich überschritten wurde. Der Anstieg der Verbraucherpreise ist primär auf die Teuerung bei Lebensmitteln zurückzuführen.

In **Deutschland** ist die Wirtschaft 2010 mit 3.6 % mehr als doppelt so schnell gewachsen wie im Durchschnitt des Euroraums. Die deutsche Wirtschaft entwickelte sich somit zum konjunkturellen Zugpferd der Wirtschafts- und Währungsunion. Die ausgezeichnete Exportentwicklung ist auf die belebte Nachfrage aus den Schwellenländern zurückzuführen. Der rasante Aufschwung in der Außenwirtschaft bewirkte ein Anziehen der Investitionstätigkeit in der Industrie und eine Beschäftigungszunahme. Vertrauenszuwächse der Konsumenten haben zu Steigerungen in der Nachfrage im Einzelhandel geführt. 2011 dürfte sich die Konjunktur leicht abschwächen. Das Institut erwartet ein BIP-Wachstum von 2.9 %. Bei den Exporten, den Bauinvestitionen und dem öffentlichen Konsum wird sich die Dynamik voraussichtlich verlangsamen. Die Erholung des privaten Konsums dürfte sich hingegen festigen und zur Belebung der Binnennachfrage beitragen. Die Inflation wird 2011 über der 2-Prozent-Marke liegen. Die Arbeitslosigkeit dürfte weiter sinken. Die ausgezeichnete Wirtschaftslage trägt weiterhin dazu bei, dass die Staatsverschuldung schneller als erwartet abgebaut werden kann.

Im vierten Quartal 2010 ist das deutsche BIP zum Vorquartal um 0.4 % bzw. im Vorjahresvergleich um 4 % gewachsen. Die Wachstumsabschwächung im Schlussquartal war auf das strenge Winterwetter zurückzuführen, wovon der private Konsum und die Bauinvestitionen betroffen waren. Im ersten Quartal 2011 dürfte sich die Konjunktur wieder stärker beschleunigt haben.

Laut Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) ist die Maschinenbauindustrie mit einem real 46 % höheren Auftragsbestand ins neue Jahr gestartet. Dabei zog das Inlandsgeschäft stärker als die Auslandsnachfrage an. Die Nachfrage nach Arbeitskräften ist inzwischen höher als im Rekordjahr 2007. Auch Stimmungsindikatoren spiegeln die derzeit ausgezeichnete Lage in der deutschen Wirtschaft wider. Der Markit/BME Einkaufsmanager Index, das Konjunkturbarometer für die Industrie, steht seit Oktober 2009 auf Wachstumskurs und erreichte im Februar ein Allzeithoch von 62.7 Punkten. Aufgrund der boomenden Auftragslage wurde die Produktion im Februar abermals kräftig ausgeweitet und verzeichnete damit den 20. Monat in Folge ein Wachstum. In allen Industriebereichen kurbelten die Unternehmen die Produktion an, die deutlichste Steigerung verzeichnete erneut die Investitionsgüterindustrie. Nach Aussage der befragten Einkaufsmanager gewann der Bedarf am Inlandsmarkt weiter an Breite. Gleichzeitig machte sich die wiederbelebte globale Konjunktur mit einer verstärkten Nachfrage nach Gütern „Made in Germany“ in den Auftragsbüchern bemerkbar. Auch der

Dienstleistungssektor expandierte im Februar kräftig, die Steigerungsraten bei der Geschäftstätigkeit und bei den Auftragseingängen fielen jedoch etwas niedriger aus als im Vormonat. Der Grund dafür ist die Verteuerung von Energie, Kraftstoffen und sonstigen Vorleistungen. Laut ifo befindet sich die deutsche Wirtschaft weiterhin im Aufwind. Wegen der Katastrophe in Japan, der Entwicklung in Libyen und der erwarteten Zinserhöhung durch die Europäische Zentralbank (EZB) sind die Unternehmer jedoch etwas skeptischer geworden. Nach Angaben der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) blieb die Konsumfreude der deutschen Verbraucher auch im Februar aufwärts gerichtet. Die Einkommenserwartungen legten spürbar zu, dagegen verzeichnen die auf hohem Niveau befindliche Konjunkturerwartung und die Anschaffungsneigung leichte Einbußen. Die starke Nachfrageentwicklung brachte Preissteigerungen mit sich. Die Erzeugerpreise stiegen im Februar im Vorjahresvergleich um 6.4 %, die Verbraucherpreise legten um 2.2 % zu. Preistreibend wirkten dabei insbesondere die Energie- und Lebensmittelpreise. Die Arbeitslosenquote fällt kontinuierlich, im Jänner hat die Quote mit 6.5 % das Niveau von 1992 erreicht.

In **Italien** ist das BIP 2010 um 1.3 % gewachsen. Der Aufschwung wurde von der Auslandsnachfrage und von den Ausrüstungsinvestitionen getragen. Die Baubranche musste hingegen einen weiteren Rückschlag hinnehmen. Die Konsumzurückhaltung der privaten Haushalte reflektiert die angespannte Lage am Arbeitsmarkt. 2011 dürfte das italienische Wirtschaftswachstum bei 1.1 % liegen. Die Exportnachfrage wird robust bleiben, dadurch werden auch die Ausrüstungsinvestitionen weiterhin zulegen. Durch Einsparungsmaßnahmen der öffentlichen Hand werden die Investitionen in der Baubranche jedoch kaum ausweitete. Der Arbeitsmarkt wird sich stabilisieren. Die Nachfrage der privaten Haushalte könnte dadurch stärker als im Vorjahr ausfallen. Die Inflation wird 2011 voraussichtlich die 2-Prozent-Marke überschreiten.

Im vierten Quartal 2010 ist das italienische BIP zum Vorquartal um 0.1 % bzw. um 1.5 % zum Vorjahresquartal gewachsen. Der private Konsum und insbesondere die Exporte haben das Wirtschaftswachstum getragen. So konnten die Rückgänge im öffentlichen Konsum und bei den Bauinvestitionen abgefedert werden. Im ersten Quartal 2011 dürfte die Konjunktur verhalten ausgefallen sein. Seit Jahresbeginn legt die Auslandsnachfrage wieder stärker zu und die Konjunktur in der Güterverarbeitenden Industrie gewinnt an Fahrt. Die Bereitschaft der privaten Haushalte langlebige Wirtschaftsgüter anzuschaffen, fehlt hingegen noch immer. Auch der Aufschwung am Arbeitsmarkt lässt auf sich warten. Die Arbeitslosenquote betrug im Jänner zum dritten Mal in Folge 8.6 %. Die Erzeugerpreise legten um 5.1 % zu. Die Verbraucherpreise haben im Februar gegenüber dem Vorjahr um 2.1 % zugenommen.

In **Frankreich** ist die Wirtschaft 2010 um 1.5 % gewachsen. Wie in den Nachbarländern, hat die Auslandsnachfrage die Konjunktur gestützt. Auch der private Konsum hat eine solide Entwicklung aufgewiesen. Der Zuwachs beim öffentlichen Konsum fiel unterdessen geringer als in den vergangenen Jahren aus. 2011 könnte das BIP um 1.7 % zulegen. Die Impulse werden vom privaten Konsum und insbesondere von der Investitionstätigkeit ausgehen. Erstmals seit 2006 dürfte sich die Baukonjunktur stabilisieren. Von der Außenwirtschaft wird im laufenden Jahr kein Wachstumsimpuls erwartet, weil sich die Importtätigkeit stärker beschleunigen wird. Der Inflationsdruck dürfte sich, im Vergleich zu

2010, nur geringfügig verstärken. Trotz des anhaltenden Konjunkturaufschwungs ist ein rascher Abbau der Arbeitslosigkeit nicht in Sicht.

Das französische BIP ist im vierten Quartal 2010 im Vergleich zum Vorquartal um 0.4 % gewachsen, gegenüber dem Vorjahr stieg es um 1.5 %. Die Ausrüstungsinvestitionen und die Exportnachfrage haben dabei die höchsten Wachstumsraten verzeichnet. Im ersten Quartal 2011 dürfte sich die gesamtwirtschaftliche Wachstumsdynamik weiter verstärkt haben. Laut Markit Einkaufsmanager Index haben sich die Bedingungen in der Industrie verbessert. Der Indexwert ist im Februar zum 20. Mal in Folge gestiegen. Die Teilindizes zu Industrieproduktion, Auftragslage, Lieferzeiten und Beschäftigung haben wesentlich zur Verbesserung des Gesamtindexwertes beigetragen. Im Dienstleistungssektor verläuft die Entwicklung noch dynamischer. Bei den Endverbrauchern hält sich der Optimismus hingegen in Grenzen. Laut eines vom Institut Insee veröffentlichten Index ist die Einschätzung der privaten Haushalte über ihre aktuelle Lage im Februar stabil geblieben. Dieser Indexwert liegt somit noch immer deutlich unter seinem langjährigen Durchschnitt. Auch die Erwartungen für die kommenden 12 Monate haben sich verschlechtert. Die Arbeitslosenquote war im Jänner mit 9.6 % relativ hoch, sie ist aber zumindest im Vergleich zum Vormonat etwas gesunken. Im Jänner sind die Erzeugerpreise um 5.5 % gestiegen. Die Verbraucherpreise legten im Februar um 1.8 % zu.

Im **Vereinigten Königreich** ist die Wirtschaftsleistung 2010 um 1.3 % gewachsen. Auch die britische Wirtschaft profitierte im vergangenen Jahr von der belebten Nachfrage aus den Schwellenländern, gestützt vom vorteilhaften Wechselkurs des britischen Pfund gegenüber dem US-Dollar. Eine starke Belebung verzeichneten somit die exportorientierten Branchen der Güterverarbeitenden Industrie. Die Beschäftigung hat dabei kräftig zugenommen. Nach einem Rückgang zu Jahresbeginn hat sich die Konsumnachfrage deutlich belebt und die Immobilienbranche verzeichnete einen Aufschwung. 2011 dürfte das BIP wiederum um 1.3 % zulegen. Die Auslandsnachfrage bleibt eine wesentliche Stütze für die Wirtschaftsentwicklung. Mit einer Beschleunigung in der Konsumnachfrage kann im laufenden Jahr nicht gerechnet werden, was primär auf die schwache Einkommensentwicklung zurückzuführen ist. Ausgabenkürzungen der öffentlichen Hand und Steuererhöhungen werden zum Abbau des Budgetdefizits beitragen. Die hohe Inflation ist auf die Entwicklung der Rohstoff- und Lebensmittelpreise sowie auf die Anhebung der Mehrwertsteuer zurückzuführen. Aufgrund von Sparmaßnahmen der öffentlichen Hand, die unter anderem den Abbau von Beschäftigung im öffentlichen Dienst vorsehen, wird die Arbeitslosigkeit 2011 nicht zurückgehen.

Im vierten Quartal 2010 ist die Wirtschaftsleistung des Vereinigten Königreichs im Vergleich zum Vorquartal um 0.6 % gesunken, gegenüber dem Vorjahresquartal um 1.5 % gestiegen. Bei der Interpretation der Quartalszahlen sind allerdings die ungünstigen Witterungsbedingungen zu beachten. Im ersten Quartal 2011 dürfte sich die Konjunktur wieder belebt haben. Die Exportentwicklung ist seit Jahresbeginn robust und die Dynamik der Industrieproduktion hat an Tempo zugelegt. Aufgrund von Vorziehkäufen, als Folge der Mehrwertsteuererhöhung, werden im ersten Quartal 2011 von der Nachfrage im Einzelhandel nur geringe Impulse erwartet. Der *Markit/CIPS UK Purchasing Managers Index* blieb im Februar auf einem 16-Jahres-Hoch, gestützt von Industrieproduktion, Beschäftigung und Auftragslage. Die Neuaufträge aus dem Ausland haben sich dabei besonders gut entwickelt. In der Bau-

branche blieben die Erwartungen unter dem langjährigen Durchschnitt. Vorlaufende Indikatoren deuten eine weitere Kräftigung des Aufschwungs im Dienstleistungssektor an. Laut *Recruitment and Employment Confederation* (REC) und KPMG steigt die Nachfrage nach Arbeitskräften, trotzdem ist die Steigerung der Löhne und Gehälter niedriger als die Inflationsrate. Im Vereinigten Königreich ist der Preisdruck stärker als im Euroraum. Die Verbraucherpreise stiegen im Jänner um 4 %, die Erzeugerpreise legten im Februar um 5.3 % zu. Die Arbeitslosenquote betrug im Dezember 2010 7.9 %.

Die Wirtschaft der **Schweiz** ist 2010 um 2.6 % gewachsen. Die Außenwirtschaft hat trotz der Stärke des Schweizer Franken, einen robusten Aufschwung verzeichnet und konnte den Einbruch von 2009 fast wettmachen. Laut *Communiqué* der Eidgenössischen Zollverwaltung waren die Exporteure angesichts des starken Schweizer Franken zu Preiszugeständnissen gezwungen. Die Baubranche profitierte vom privaten Wohnbau. Der private Konsum ist 2010 stärker als im Vorjahr gewachsen, gestützt von der Lohn- sowie der Beschäftigungsentwicklung. Die geringe Teuerungsrate wirkte sich positiv auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage aus. Dank der hohen ausländischen Nachfrage und der robusten Binnenkonjunktur wird sich die Wirtschaft weiterhin dynamisch entwickeln. Das Institut erwartet für 2011 ein BIP-Wachstum von 2.2 %. Die Zuwachsrate bei den Exporten wird sich voraussichtlich verlangsamen. Die Inlandsnachfrage dürfte hingegen das Wirtschaftswachstum stützen. Eine stärkere Belegung als im Vorjahr könnte es bei den Ausrüstungsinvestitionen geben. Der private Wohnbau, der in den Jahren 2009 und 2010 eine Hochkonjunktur verzeichnete, dürfte robust bleiben. Die erwartete Inflationsrate liegt bei 1 %. Die Schweizerische Nationalbank (SNB) dürfte daher auch 2011 das Zielband für den Dreimonats-Libor unverändert auf dem im März 2009 erreichten Tiefststand von 0 % – 0.75 % belassen.

Das BIP der Schweiz ist im vierten Quartal 2010 im Vergleich zum Vorquartal um 0.9 % gewachsen. Im Vorjahresvergleich legte es um 3.2 % zu. Das Quartalswachstum war auf die rege Inlandsnachfrage zurückzuführen. Die Ausrüstungsinvestitionen wiesen dabei die stärkste Dynamik auf. Im Vergleich dazu war das Exportwachstum schwach. Im ersten Quartal 2011 dürfte die gesamtwirtschaftliche Nachfrage wieder stärker als im Vorquartal zugelegt haben. Zu Jahresbeginn hat sich die Auftragslage in der Industrie wieder deutlich verbessert, was auf eine dynamische Entwicklung in den kommenden Monaten hindeutet. Laut einer Umfrage von *Ernst & Young* blicken die Schweizer Klein- und Mittelunternehmen (KMU) zuversichtlich in die Zukunft. Probleme haben sie jedoch bei der Besetzung offener Stellen, im starken Schweizer Franken sehen sie kein Problem. Die befragten KMU beurteilen die Geschäftsentwicklung der kommenden Monate zunehmend optimistischer. So viel Optimismus herrschte zuletzt vor 2008. Fast ein Drittel der befragten Unternehmen beabsichtigt im laufenden Jahr verstärkt in Ausrüstungen, Maschinen und Bauten zu investieren. Die Teuerung fällt zu Jahresbeginn relativ moderat aus. Die Verbraucherpreise sind im Februar vor allem wegen höherer Wohnungsmieten und teurerer Erdölprodukte im Vorjahresvergleich um 0.5 % gestiegen, während die Erzeugerpreise im Vergleich zum Vorjahr unverändert geblieben sind. Die Arbeitslosenquote ist im Februar auf 3.4 % zurückgegangen.

In mehreren **mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedsländern** sowie in **Russland** setzte sich die konjunkturelle Belegung im vierten Quartal 2010 fort. Trotz einer erwarteten Abschwächung der Aus-

landsnachfrage dürften die neuen EU-Mitgliedsländer (NMS) vom Aufschwung im Euroraum und vor allem in Deutschland weiter profitieren. Die Nettoexporte werden somit wichtige Wachstumstreiber in der Prognoseperiode bleiben. Angetrieben durch das Exportwachstum, erholen sich die Ausrüstungsinvestitionen langsam, während die Bauinvestitionen noch schwach bleiben. Ebenso zieht auch der private Konsum wieder an, insbesondere in Ländern, in denen die privaten Haushalte weniger hoch verschuldet sind. Die Kreditvergabe belebt sich allmählich. Der langsame Rückgang der Arbeitslosigkeit, die moderaten Einkommenssteigerungen und die verhaltene Inflation in einigen Ländern sowie die niedrigeren Sparquoten stützen die schrittweise Erholung des privaten Konsums. Dämpfend wirken hingegen der laufende Schuldenabbau in Unternehmen und Privathaushalten, die erhöhte Risikoaversion und die Auswirkungen der Budgetkonsolidierungen. Die wirtschaftliche Erholung wird sich in den NMS im Prognosezeitraum fortsetzen. Nach einer Zunahme der Wirtschaftsleistung in den NMS-12 um 2.2 % im Vorjahr, erwartet das Institut einen Anstieg um 2.9 % heuer und 3.6 % im Jahr 2012.

Im Jahresdurchschnitt 2010 nahm das BIP in **Ungarn** um 1.2 % zu. Im vierten Quartal 2010 ist es um 1.9 % gegenüber dem Vorjahresquartal gestiegen, gegenüber dem Vorquartal nahm es um 0.2 % zu. Wie in den vorherigen Quartalen des Jahres 2010 trug die dynamische Entwicklung der Exporte im vierten Quartal maßgeblich zum BIP-Wachstum bei. Nach einer leichten Zunahme im dritten Quartal, entwickelten sich im vierten Quartal der private Konsum, infolge eines Rückgangs der Transferzahlungen, sowie der öffentliche Konsum, wieder negativ. Die Investitionen blieben weiter rückläufig. Der Anstieg der Verbraucherpreise betrug im Februar 4.2 %, zurückzuführen auf die Zunahme der Lebensmittel- und administrierten Preise. Die Arbeitslosenquote lag im vierten Quartal, infolge der Ausweitung des Arbeitskräfteangebots, mit 10.9 % um 0.4 Prozentpunkte über dem Vorjahresniveau. Während sich das Auslandsnachfragewachstum allmählich abschwächen wird, dürfte der private Konsum infolge der Einkommensteuerreform im Jahr 2011 eine Zunahme erfahren. Die Senkung der Lohnnebenkosten und der Körperschaftsteuer sowie die angekündigten Direktinvestitionen, hauptsächlich in der Automobilindustrie, werden im Laufe des Jahres 2011 zum Rückgang der Arbeitslosigkeit beitragen. Der weitere Abbau des Budgetdefizits dürfte das Wachstum in den nächsten Jahren dämpfen. Für 2011 und 2012 ist eine Steigerung des BIP um 2 % bzw. 3 % zu erwarten.

Das kräftige Wirtschaftswachstum in **Polen** setzte sich im vierten Quartal 2010 mit einem BIP-Anstieg um 0.8 % gegenüber dem Vorquartal bzw. 4 % im Vorjahresvergleich fort. Im Jahresdurchschnitt 2010 nahm die Wirtschaftsleistung um 3.8 % zu. Der Konsum war, infolge steigender Löhne und vorgezogener Käufe aufgrund der Mehrwertsteuererhöhung Anfang 2011, der Hauptmotor. Die Anlageinvestitionen wuchsen, auch aufgrund von Infrastrukturinvestitionen in Vorbereitung auf die UEFA EURO 2012. Der Wachstumsbeitrag der Nettoexporte wurde negativ, da der starke Zloty und die Zunahme des Konsums zur Ausweitung der Importe führten. Die Inflationsrate beschleunigte sich im vierten Quartal und die Arbeitslosenquote belief sich auf 9.3 %. Damit lag sie um 0.8 Prozentpunkte über dem Vorjahresniveau. 2011 und 2012 wird das BIP-Wachstum angesichts der verbesserten Arbeitsmarktsituation, größeren Konsumentenvertrauens sowie höherer Direktinvestitionen voraussichtlich 3.8 % bzw. 4 % erreichen. Infolge fiskalpolitischer Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung und Änderungen im Pensionssystem dürfte das Budgetdefizit 2011 6 % des BIP betragen, nach rund 8 % im Jahr 2010.

Im vierten Quartal nahm die Wirtschaftsleistung in **Tschechien** im Vorjahresvergleich um 2.9 % zu, gegenüber dem Vorquartal belief sich das Wachstum auf 0.3 %. Damit stieg das BIP im Jahresdurchschnitt 2010 um 2.2 %. Der neuerliche Aufbau der Lagerbestände trug wesentlich zum BIP-Wachstum im vierten Quartal bei. Der private Konsum und die Anlageinvestitionen entwickelten sich hingegen negativ. Der Wachstumsbeitrag der Nettoexporte wurde wegen stark zunehmender Importe ebenso negativ. Die Beschäftigung nahm im vierten Quartal im Vergleich zum Vorquartal um 0.3 % zu, sodass die Arbeitslosenquote auf 7.7 % fiel. Die Inflationsrate blieb im Februar mit 1.9 % niedrig. In den Jahren 2011 und 2012 könnte die tschechische Wirtschaft wegen einer belebten Inlandsnachfrage, trotz einer restriktiveren Fiskalpolitik, um 2.5 % bzw. 3 % wachsen.

Die Wirtschaftsleistung in der **Slowakei** nahm im Jahresdurchschnitt 2010 um 4 % zu. Gegenüber dem Vergleichsquartal des Vorjahres betrug das Wachstum im vierten Quartal 3.5 %, gegenüber dem Vorquartal 0.9 %. Das Wachstum wurde im vierten Quartal von den Nettoexporten und Investitionen getragen. Die staatliche Förderung des Infrastrukturausbaus, kofinanziert durch die EU-Strukturfonds, führte zu einer Belebung der Anlageinvestitionen, die um mehr als 10 % zunahm. Der private Konsum blieb hingegen schwach. Zu Jahresbeginn 2011 beschleunigte sich der Anstieg der Verbraucherpreise wegen stark steigender Lebensmittel- und Energiepreise, die Inflationsrate betrug im Februar 3.5 %. Die Arbeitslosenquote belief sich im Jänner auf 14.5 %, sie lag damit auf dem Niveau des Vorjahres. Die Rückführung des hohen Budgetdefizits, das 2010 7.8 % des BIP betrug, und der Arbeitslosigkeit sowie die steigende Auslandsverschuldung sind wichtige Herausforderungen in der Prognoseperiode. Die beschlossenen Budgetkonsolidierungsmaßnahmen dürften 2011 und 2012 das BIP-Wachstum dämpfen. Infolgedessen wird mit einem BIP-Wachstum von 3.5 % bzw. 4 % gerechnet.

Im Jahresdurchschnitt 2010 wuchs das BIP in **Slowenien** um 1.2 %. Dabei setzte sich im vierten Quartal das Wachstum fort und betrug 2.1 % im Vorjahresvergleich. Gegenüber dem Vorquartal stieg das BIP um 0.6 %. Das positive Quartalsergebnis ist hauptsächlich auf die dynamische Auslandsnachfrage zurückzuführen. Allerdings beschleunigte sich der Anstieg der Importe im Vergleich zu den Vorquartalen. Die Anlageinvestitionen blieben rückläufig, während die Lagerbestände zunahm. Der private Konsum erhöhte sich leicht. Die Inflation belief sich im Februar 2011 auf 2.0 %. Die Arbeitslosenquote betrug im Jänner 7.8 % und lag damit um rund 1 Prozentpunkt über dem Vorjahresniveau. Das Budgetdefizit belief sich 2010 auf 6 % des BIP und dürfte heuer und 2012 auf einem hohen Niveau (über 5 %) verharren. Erst 2013 ist laut Finanzministerium mit einem Budgetdefizit von höchstens 3 % des BIP zu rechnen. Die Auslandsverschuldung, die 2010 113 % des BIP betrug, sowie die Budgetkonsolidierung werden in der Prognoseperiode dämpfend auf das Wachstum wirken. Für 2011 wird mit einem Wachstum um 2 % gerechnet und dürfte sich 2012 auf 2.7 % beschleunigen.

Im Jahresdurchschnitt 2010 betrug der Rückgang des BIP in **Rumänien** 1.3 %. Im vierten Quartal schrumpfte das BIP um 0.6 % im Vorjahresvergleich, gegenüber dem Vorquartal nahm es um 0.1 % zu. Der Konsum und die Investitionen verringerten sich im vierten Quartal gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Während die Inlandsnachfrage sehr schwach blieb, profitierte die Industrie von der Erholung in den Haupthandelspartnerländern, und die Nettoexporte trugen zum Wachstum bei. Die Inflationsrate blieb, nach der Erhöhung der Mehrwertsteuer im Sommer 2010, auf einem

hohen Niveau und betrug im Februar 7 %. Die Arbeitslosenquote belief sich auf 7.3 %. Zur Sicherung des mittelfristigen Finanzierungsbedarfs und um das Vertrauen der Investoren zu erhalten, hat Rumänien eine neue Vereinbarung über eine vorsorgliche Finanzierungszusage im Wert von 3.5 Mrd. EUR mit dem IWF abgeschlossen. Zusätzlich werden die Europäische Union mit 1.4 Mrd. EUR und die Weltbank mit einem Kredit in Höhe von 0.4 Mrd. EUR Rumänien unterstützen. Nach einem Rückgang des BIP im Vorjahr ist 2011 infolge einer erwarteten Belebung der Inlandsnachfrage eine Trendwende zu erwarten. Das BIP wird 2011 um 1.7 % und 2012 um 3.5 % steigen.

Im Jahresdurchschnitt 2010 betrug das BIP-Wachstum in **Bulgarien** 0.2 %. Das BIP-Wachstum beschleunigte sich im vierten Quartal im Vergleich zum Vorjahresquartal auf 3.1 %, gegenüber dem Vorquartal betrug es 1.7 %. Diese Entwicklung wurde von den Nettoexporten getragen. Die Inlandsnachfrage schrumpfte hingegen wiederum. Während sich der private Konsum weiter verringerte, nahmen der öffentliche Konsum und die Anlageinvestitionen stark zu. Die verschärften Finanzierungsbedingungen, eine geringere Ausgabenneigung der privaten Haushalte und die schwache Einkommensentwicklung sind die wichtigsten Faktoren für den Rückgang des privaten Konsums. Die Inflationsrate stieg im Februar auf 4.6 %, die Arbeitslosenquote belief sich im Jänner auf 10.2 %. Dank der guten Finanzlage vor der Krise ist Bulgarien eines der wenigen EU-Länder, die ihr Haushaltsdefizit schon 2011 unter 3 % reduzieren wollen, nach 3.8 % im Jahr 2010. Dies dürfte ohne erhebliche Steuererhöhungen oder Lohnkürzungen erreicht werden können. In den Jahren 2011 und 2012 dürfte das Wirtschaftswachstum 2.2 % bzw. 3.5 % betragen.

Die Kontraktion der wirtschaftlichen Aktivität in **Kroatien** setzte sich 2010 weiter fort, das BIP nahm im Jahresdurchschnitt um 1.4 % ab. Im vierten Quartal betrug der Rückgang gegenüber dem Vorjahresquartal 0.7 %. Die negative Entwicklung ist auf einen weiteren Rückgang der Investitionen zurückzuführen. Der private Konsum bekam positive Impulse von der schrittweisen Aufhebung der im Jahr 2009 eingeführten „Krisen-Steuer“ und einer Belebung der Kreditvergabe. Die Exporte entwickelten sich positiv, während die Importe weiter schwach blieben. Die Inflationsrate betrug im Februar 2.2 %, die Arbeitslosenquote stieg auf 13.3 %. 2011 und 2012 könnte das BIP-Wachstum 1.5 % bzw. 2 % erreichen. Der erwartete Abschluss der EU-Beitrittsgespräche im Jahr 2011 dürfte Vertrauen für neue Investitionen schaffen.

Im Jahresdurchschnitt 2010 legte das BIP in **Russland** um 4 % gegenüber dem Vorjahr zu. Getragen wurde die Expansion sowohl von den Investitionen, die von den niedrigen Zinsen profitierten, als auch vom privaten Konsum. Dieser wurde durch eine sinkende Arbeitslosigkeit und steigende Realeinkommen (Löhne, aber auch Transferzahlungen wie etwa Pensionen) gestützt. Die kräftige Zunahme der Exporte ist sowohl auf die Mengenkomponente wie etwa bei Gas als auch auf die Preiskomponente etwa bei Öl und Industriemetallen zurückzuführen. Allerdings stiegen die Importe aufgrund der Ausweitung der Inlandsnachfrage und nicht zuletzt wegen dürrebedingter Ernteauffälle schneller als die Exporte. Die Inflation beschleunigte sich im Februar 2011 auf 9.5 %. Die Arbeitslosenquote belief sich im Jänner auf 7.6 %. Die Belebung der internationalen Nachfrage nach Rohstoffen und der hohe Ölpreis werden die Entwicklung der russischen Wirtschaft in den nächsten Jahren weiter stützen. Das Volumen der russischen Exporte wird voraussichtlich wegen des geringen Wachstums der Ölproduk-

tion relativ langsam steigen. Der private Konsum dürfte infolge steigender Löhne und Pensionen zunehmen und zusammen mit den Investitionen das Wachstum tragen. Infolgedessen könnte das BIP in den Jahren 2011 und 2012 um 4.3 % bzw. 4.5 % zunehmen.

Internationale Rahmenbedingungen

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2008	2009	2010	2011	2012
Welthandel	2.2	-13.0	15.1	8.0	7.0
BIP, real					
Deutschland	1.0	-4.7	3.6	2.9	2.2
Italien	-1.3	-5.2	1.3	1.1	1.3
Frankreich	0.2	-2.6	1.5	1.7	1.7
Vereinigtes Königreich	-0.1	-4.9	1.3	1.3	2.0
Schweiz	1.9	-1.9	2.6	2.2	2.1
USA	0.0	-2.6	2.9	2.9	2.7
Japan	-1.2	-6.3	3.9	1.0	1.7
China	9.6	9.1	10.3	9.5	8.5
Polen	5.1	1.7	3.8	3.8	4.0
Slowakei	5.8	-4.8	4.0	3.5	4.0
Tschechien	2.5	-4.1	2.2	2.5	3.0
Ungarn	0.8	-6.7	1.2	2.0	3.0
Slowenien	3.7	-8.1	1.2	2.0	2.7
Bulgarien	6.2	-5.5	0.2	2.2	3.5
Rumänien	7.3	-7.1	-1.3	1.7	3.5
Kroatien	2.1	-5.8	-1.4	1.5	2.0
Russland	5.6	-7.9	4.0	4.3	4.5
Euroraum	0.4	-4.1	1.7	1.8	1.7
NMS-12	4.0	-3.1	2.2	2.9	3.6
EU-27	0.5	-4.2	1.8	1.8	1.9
OECD	0.3	-3.4	2.6	2.4	2.4
Österreichische Exportmärkte	2.9	-11.6	10.6	8.5	6.5
USD/EUR Wechselkurs ^{*)}	1.47	1.39	1.33	1.39	1.40
Rohölpreise ^{*)**)}	97.3	61.7	79.9	112.0	115.0

Quelle: Eurostat, IMF, OECD, Nationale Statistische Ämter, eigene Berechnungen

*) absolute Werte

**) USD/barrel

3. Die österreichische Außenwirtschaft

Nach einer verhaltenen Entwicklung zu Jahresbeginn hat sich 2010 die Auslandsnachfrage nach österreichischen Gütern und Dienstleistungen im Jahresverlauf verstärkt. Insbesondere kam die belebte Konjunktorentwicklung in Deutschland den österreichischen Exporteuren zugute. Nach der kräftigen Entwicklung im Vorjahr wird sich 2011 das Nachfragewachstum nach österreichischen Gütern und Dienstleistungen aus dem Ausland auf hohem Niveau abschwächen. Die Exportpreise werden voraussichtlich auch 2011 weiter anziehen. Die Handelsbilanz, die 2010 einen negativen Saldo aufwies, wird im Prognosezeitraum ins Plus drehen.

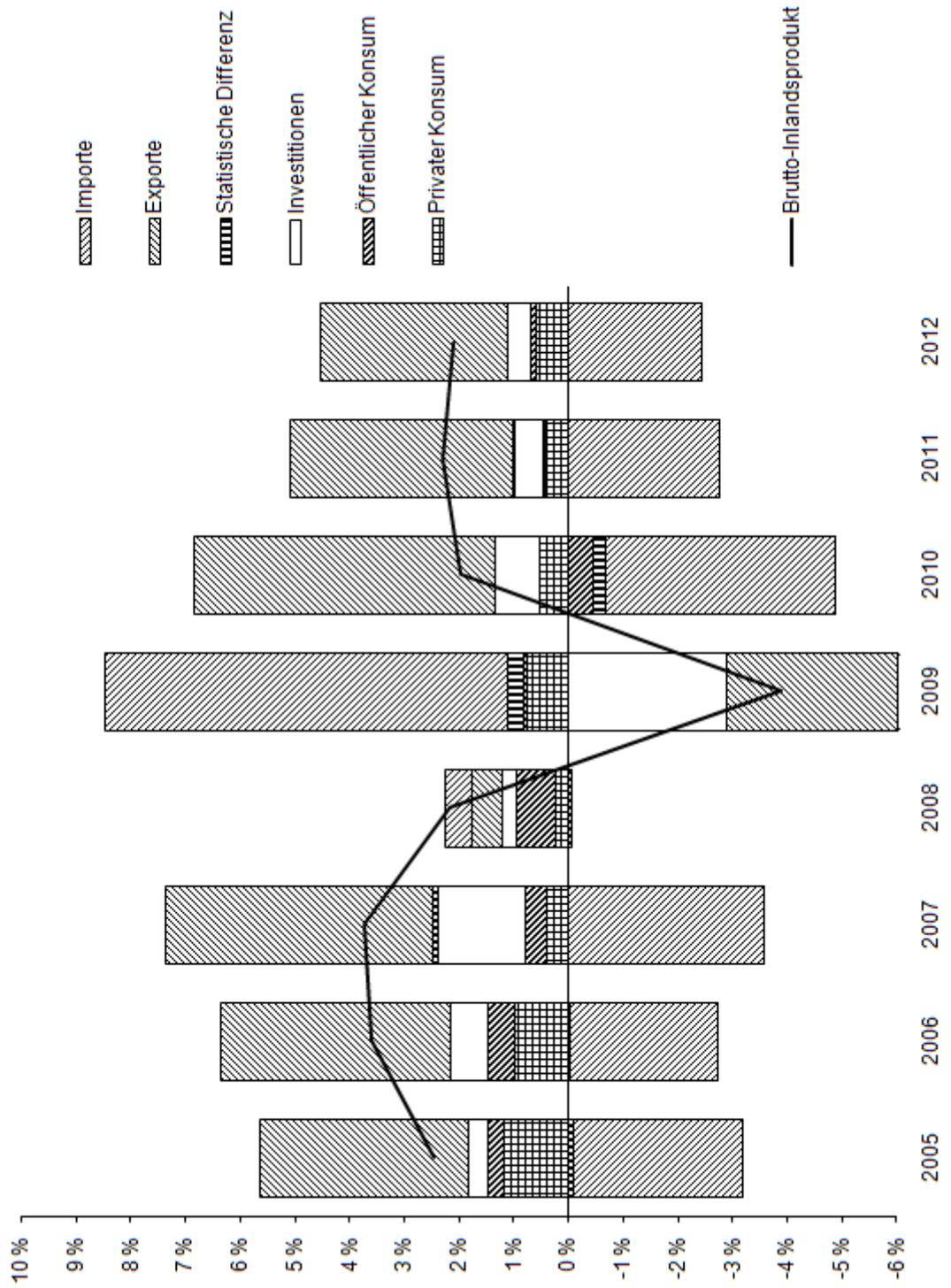
Das Institut erwartet für 2011 bei den nominellen Warenexporten einen Zuwachs um 13.1 %, nach 16.3 % im Vorjahr. Besonders dynamisch erwiesen sich 2010 die Exporte nach Deutschland und Frankreich. Mit Zuwächsen von 18.1 % bzw. 22.7 % wurden somit die Rückschläge von 2009 bereits wieder aufgeholt. Die Nachfrage aus dem Euroraum stieg 2010 um 15.9 %, die Exporte in die Länder außerhalb der Währungsunion legten um 16.5 % zu, darunter die Exporte in die Schweiz um 20.7 %, in die USA um 16.9 % und nach China um 39.7 %. 2011 werden die Exporte in den Euroraum voraussichtlich an Dynamik verlieren. Weiterhin sehr belebt dürfte hingegen die Nachfrageentwicklung aus den Ländern außerhalb der Währungsunion, insbesondere China, ausfallen. Die wichtigsten Warengruppen im österreichischen Export, wie Chemische Erzeugnisse, Bearbeitete Waren sowie Maschinen und Kraftfahrzeuge, verzeichneten 2010 einen kräftigen Aufschwung. Die exportorientierte chemische Industrie hat 2010 einen Zuwachs von 17 % erzielt, nach einem Rückgang um 6.3 % im Vorjahr. Die Gruppen Bearbeitete Waren sowie Maschinen und Kraftfahrzeuge haben 2010 mit einem Exportwachstum von 18.9 % bzw. 16.6 % den Rückschlag des Vorjahres größtenteils wieder aufgeholt. In diesen Sektoren wird die Dynamik auch 2011 robust bleiben. Die Warenimporte haben im Jahresdurchschnitt 2010 um 15.8 % zugelegt. 2011 dürfte sich das Wachstum auf 11.4 % abschwächen.

Die Nächtigungen von Ausländern in Österreich haben im Durchschnitt 2010 im Vorjahresvergleich stagniert. Ausschlaggebend dafür waren die sinkenden Nächtigungszahlen von Deutschen, Holländern und Belgiern. Die Nächtigungszahlen von Touristen aus Osteuropa, den USA und Asien nahmen hingegen zu. In den ersten Monaten 2011 dürfte der Wintertourismus zufriedenstellend verlaufen sein. Mit den noch bevorstehenden Osterferien und der anhaltend guten Konjunkturlage in den Nachbarländern dürfte die Nachfrage von Ausländern nach Urlaub in Österreich belebt bleiben. Demnach werden die österreichischen Reiseverkehrsexporte 2011 nominell um 3 % zulegen, nach einem Wachstum um 2 % im vergangenen Jahr. Die Reiseverkehrsimporte dürften 2011, nach einer Stagnation im Vorjahr, um 2.5 % zulegen.

Der Zuwachs der realen Exporte i. w. S. laut VGR hat 2010 10.8 % betragen. Die realen Warenexporte sind dabei um 12.6 % gewachsen. 2011 und 2012 werden die Exporte i. w. S. laut VGR um 7.4 % bzw. um 5.9 %, die Warenexporte um 8.8 % bzw. um 6.8 % steigen. Die realen Importe i. w. S. laut VGR sind 2010 um 9.2 % gewachsen. 2011 und 2012 werden sie voraussichtlich um 5.7 % bzw.

4.8 % zunehmen. Die realen Warenimporte sind 2010 um 10.5 % gewachsen. 2011 und 2012 ist mit einem Anstieg um 6.1 % bzw. 5.1 % zu rechnen.

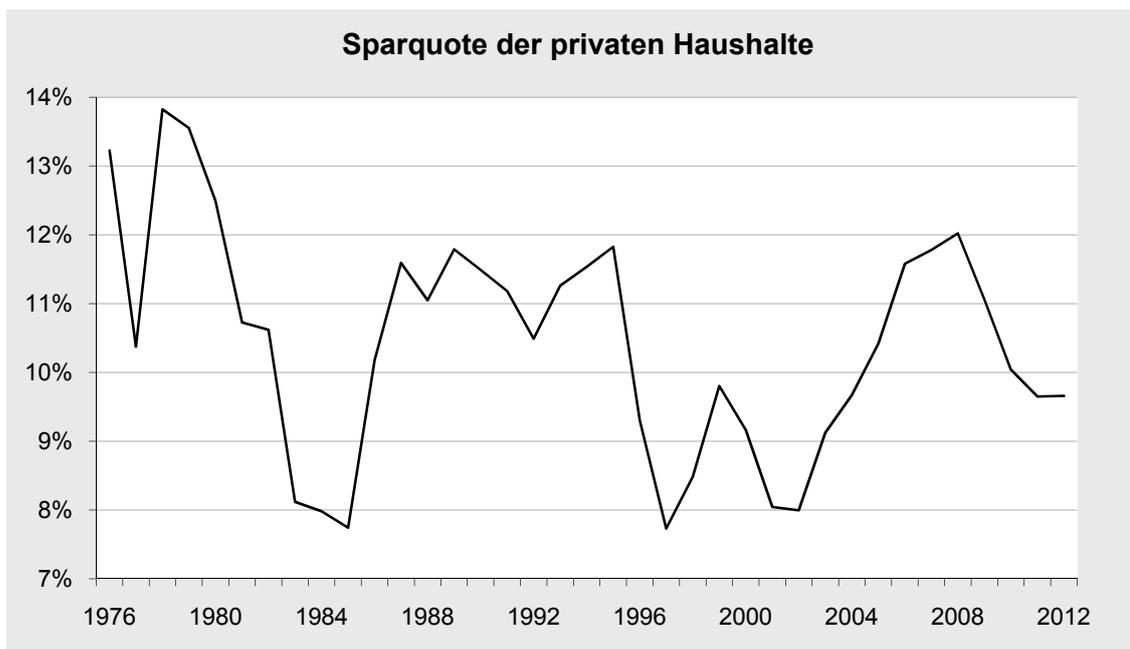
Wachstumsbeiträge der realen Endnachfragekomponenten



4. Perspektiven der Inlandskonjunktur

Obwohl jüngste Werte für monatlich vorliegende Indikatoren, wie Neuzulassungen von Kraftfahrzeugen und Einzelhandelsumsätze, eine sich verfestigende Konsumfreude der österreichischen Haushalte erkennen lassen, dämpft doch der gegenwärtig verstärkte Preisauftrieb deren Ausgabenspielraum. Ihre real verfügbaren Einkommen steigen im laufenden Jahr voraussichtlich nur um magere 0.3 %. Zur Befriedigung ihrer Konsumbedürfnisse müssen daher die Haushalte ihre Sparziele vorderhand etwas zurückstellen. Im nächsten Jahr kann die Entwicklung der Konsumausgaben wieder der Einkommensdynamik folgen.

Der **private Konsum** wird im laufenden Jahr real um 0.8 %, 2012 um 1.1 % wachsen. Diese Ausweitung scheint im Vergleich mit der Dynamik der übrigen Inlandsnachfrage gering, setzt aber den Trend der letzten Jahre fort. Waren es zuletzt die schwachen nominellen Zuwächse der Lohneinkommen, welche der Konsumfreude entgegen wirkten, so ist es heuer die lebhaftere Inflation, die ein höheres Ausgabenwachstum unwahrscheinlich macht. Das Institut rechnet nicht damit, dass die privaten Haushalte zur Finanzierung von Anschaffungen ihre Ersparnisse unverhältnismäßig angreifen.



Die Grafik der **Haushaltssparquote** zeigt die Geschichte dieser Kenngröße seit 1976. Längerfristige Zyklen scheinen Untergrenzen von rund 8 % und Obergrenzen von rund 12 % aufzuweisen. Die jüngste Bewegung hat im Jahr 2008 ihren Höchststand erreicht. Seither stellt sich die Sparquote rückläufig dar. 2011 fällt sie erneut deutlich, weil die privaten Haushalte ihre Nachfrage doch etwas stärker expandieren lassen, als dies ihren Einkünften entspräche. Erst im kommenden Jahr wird sich die Sparquote auf dem Niveau von rund 9.7 % stabilisieren.

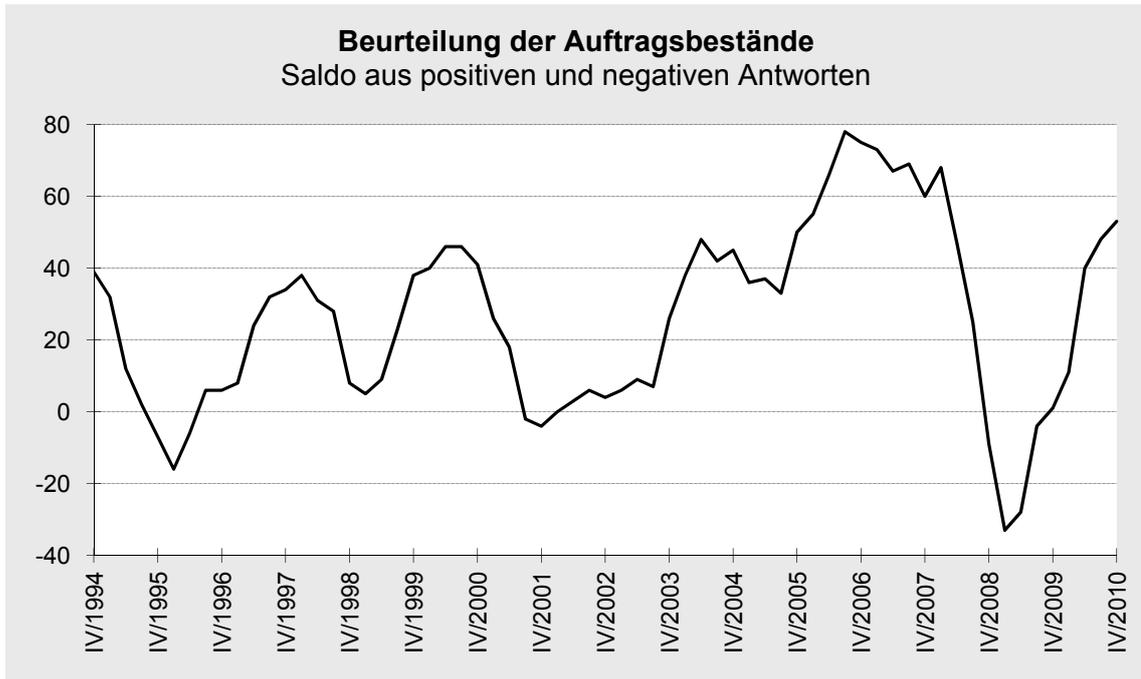
Das verhältnismäßig kleine Nachfrageaggregat **Eigenverbrauch privater Dienste ohne Erwerbscharakter** stagniert im laufenden Jahr und wird 2012 mit 1.3 % wieder etwas stärker wachsen.

Mit der Konjunkturbelebung kam es im vergangenen Jahr zu einer Trendwende bei den **Ausrüstungsinvestitionen**. Die weltwirtschaftlichen Impulse übertrugen sich auf die Binnenwirtschaft. Dies manifestierte sich in einem kräftigen Anstieg der Industrieproduktion. In der Folge nahm auch die Kapazitätsauslastung deutlich zu. Nach Angaben der Europäischen Kommission liegt der Auslastungsgrad in der österreichischen Industrie aktuell nur noch wenig unter dem langjährigen Durchschnitt von 85 %. Die Produktionszunahme, die vor allem durch eine rege Bestelltätigkeit aus dem Ausland gespeist wurde, bewirkte in den Unternehmen eine spürbare Aufhellung der Produktions- und Ertragserwartungen und in der Folge eine Belebung der Investitionsbereitschaft. Die Bauinvestitionen blieben hingegen abwärts gerichtet.

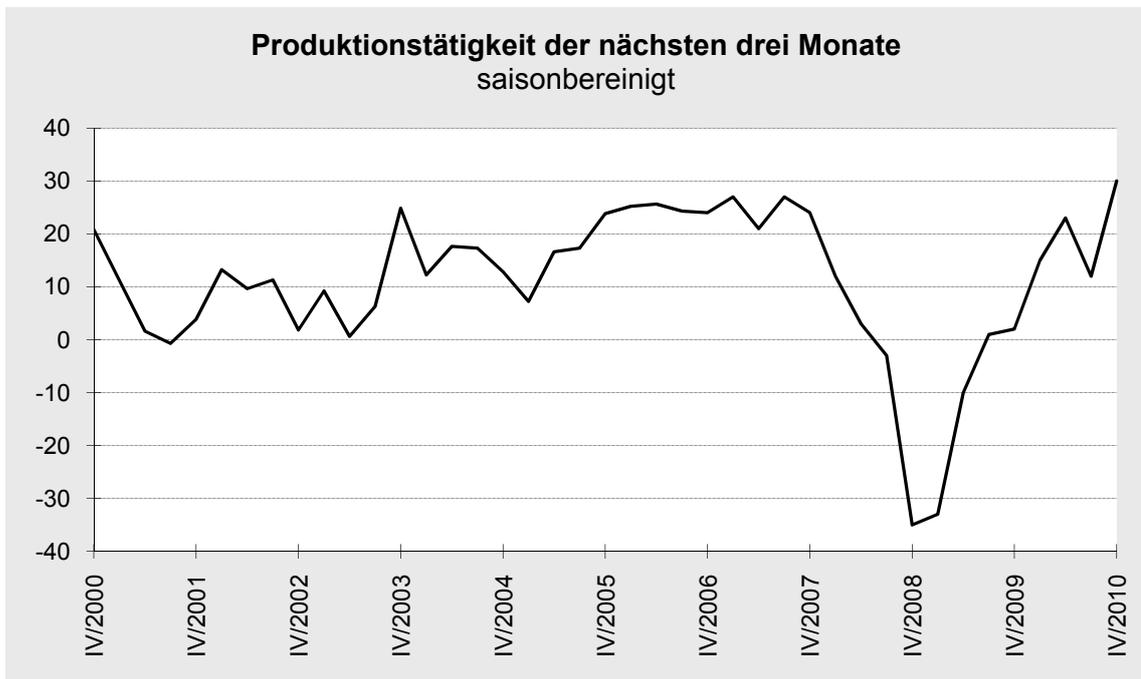
Im Jahresdurchschnitt 2010 nahmen die realen Ausrüstungsinvestitionen (einschließlich sonstige Anlagen) um 1.2 % zu, nachdem sie im Zuge der Wirtschaftskrise im Jahr 2009 um 11.7 % eingebrochen waren. Die Investitionen in Fahrzeuge stiegen im vergangenen Jahr um 1.7 %, die Käufe neuer Maschinen und Geräte um 1.9 %. Schwach entwickelten sich hingegen die Investitionen in sonstige Anlagen. Diese umfassen immaterielle Anlagegüter (erworbene und selbstgestellte Computerprogramme, Urheberrechte, Suchbohrungen, etc.), Nutztiere und Nutzpflanzungen. In saisonbereinigter Betrachtung sind die Ausrüstungsinvestitionen seit dem zweiten Quartal 2010 aufwärts gerichtet, wobei sich die Dynamik im Schlussquartal etwas abschwächte.

Im Prognosezeitraum bleiben die Rahmenbedingungen für die Investitionstätigkeit günstig. Mit der steigenden Auslastung der Produktionskapazitäten tritt das Erweiterungsmotiv immer mehr in den Vordergrund. Darüber hinaus dürften viele Unternehmen ihre während der Wirtschaftskrise zurückgestellten Investitionsprojekte nachholen. Auch von den Finanzierungsbedingungen erhält die Investitionstätigkeit Unterstützung. Viele Unternehmen erwirtschaften wieder höhere Gewinne, womit die Finanzierung aus eigenen Mitteln leichter fällt und die Kreditwürdigkeit steigt. Zudem verschärfen die Geschäftsbanken die Kreditbedingungen bereits seit einigen Monaten nicht mehr, und die Zinsen sind aufgrund der expansiven Geldpolitik niedrig. An den günstigen Finanzierungsbedingungen wird sich auch mit dem erwarteten moderaten Anstieg der Zinssätze nichts grundlegend ändern, zumal sich die Finanzierung über Aktienemissionen und Unternehmensanleihen weiter normalisieren dürfte. Alles in allem erwartet das Institut für den Jahresdurchschnitt 2011 einen Anstieg der realen Ausrüstungsinvestitionen um 4.5 %. Mit dem abklingenden Nachholeffekt und der etwas ruhigeren konjunkturellen Gangart wird sich das Investitionswachstum im kommenden Jahr leicht auf 3.5 % abschwächen.

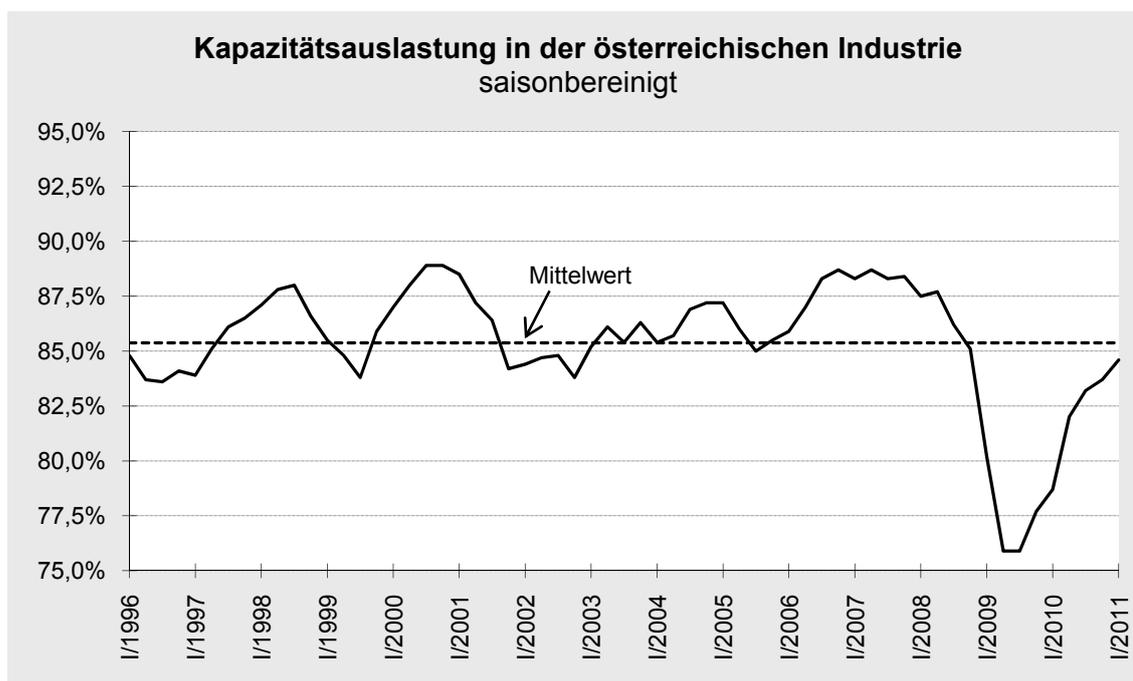
Vor dem Hintergrund der lebhaften weltweiten Nachfrage nach Investitionsgütern und der steigenden Rohstoffpreise hat in Österreich der Preisindex der Ausrüstungsinvestitionen im vergangenen Jahr mit 2.6 % kräftig zugelegt. Angesichts der robusten Konjunktur und des nur allmählich abklingenden Drucks von Seiten der Rohstoffpreise dürfte der Preisauftrieb bei den Investitionsgütern im Prognosezeitraum nur langsam nachlassen. Das Institut erwartet, dass der Preisindex der Ausrüstungsinvestitionen 2011 um 2.4 % und 2012 um 1.7 % zunehmen wird.



Quelle: Industriellenvereinigung



Quelle: Industriellenvereinigung



Quelle: Europäische Kommission

Im Gegensatz zu den Ausrüstungsinvestitionen blieben die **realen Bauinvestitionen** im vergangenen Jahr schwach. Im Jahresdurchschnitt sanken sie um 3,4 %, nachdem sie bereits im Jahr davor um 6 % zurückgegangen waren. Die Wohnbauinvestitionen wurden um knapp 3 %, die sonstigen Bauinvestitionen um 3,7 % eingeschränkt. In saisonbereinigter Rechnung flachte der Rückgang bei den Wohnbauinvestitionen im zweiten Halbjahr ein wenig ab, während er sich bei den sonstigen Bauinvestitionen im Jahresverlauf beschleunigte. Die Schwäche der sonstigen Bauinvestitionen ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die öffentliche Hand ihr Engagement im Tiefbau deutlich einschränkte. Eine Ausnahme bildet dabei der Bau von Bahnverkehrsstrecken, wo ein recht deutlicher Zuwachs verzeichnet wurde. Neben den Gebietskörperschaften hielten sich auch die Unternehmen bei der Vergabe von Bauaufträgen zurück.

Im Prognosezeitraum sollte sich die Bautätigkeit stabilisieren. Dabei wird sich die unterschiedliche Entwicklung in den einzelnen Bausparten fortsetzen. Die Wohnbevölkerung steigt, auch vor dem Hintergrund der Öffnung des Arbeitsmarktes für die mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten. Darüber hinaus nimmt tendenziell die Haushaltsgröße ab, und die Ansprüche an den Wohnraum nehmen zu. Die Entwicklung der Baugenehmigungen spiegelt diese Tendenzen wider. Diese sind zuletzt vor allem im Bereich der Wohngebäude mit einer Wohnung kräftig gestiegen. Impulse erhalten die Wohnbauinvestitionen auch von der finanziellen Förderung der thermischen Gebäudesanierung.

Die Bauinvestitionen der Unternehmen sollten von der guten Konjunktur und den anziehenden Ausrüstungsinvestitionen profitieren. Diese Erwartung wird von den aufwärts gerichteten Baugenehmigungen für Wirtschaftsgebäude genährt. Der öffentliche Bau hingegen, der einen großen Teil der Nicht-Wohnbauinvestitionen ausmacht, wird im Prognosezeitraum schwach bleiben, da die Impulse aus den

Konjunkturpaketen wegfallen. Darüber hinaus dürften insbesondere die Gemeinden angesichts der angespannten Finanzlage deutlich weniger in die Erhaltung und den Ausbau der Infrastruktur und der öffentlichen Gebäude investieren. Alles in allem dürften die realen Bauinvestitionen in diesem Jahr stagnieren und 2012 geringfügig um 0.5 % ausgeweitet werden.

Der bereits seit 2007 zu beobachtende Preisdruck im Baubereich hielt auch im vergangenen Jahr unvermindert an. Der Preisindex der Bauinvestitionen stieg um 3.2 % und damit erneut weitaus kräftiger als das allgemeine Preisniveau. Diese Entwicklung im Durchschnitt des gesamten Baubereichs wurde durch unterschiedliche Trends in den einzelnen Sparten geprägt. Während die Preise im Hochbau vergleichsweise moderat um 1.7 % stiegen, nahmen sie im Tiefbau markant um 6.2 % zu. Anfang 2011 stiegen die Kosten in beiden Bausparten kräftig. Sowohl im Hochbau als auch im Tiefbau kamen preistreibende Impulse vor allem von den Warenkorbelementen „Baustahl und Baustahlgitter“, „Eisen- und Stahlprodukte“ sowie „Treibstoffe“. Zurückzuführen ist diese Entwicklung in erster Linie auf den Preisdruck, der von den internationalen Rohstoffmärkten ausgeht. Beim Straßenbau machte sich besonders der steigende Ölpreis bemerkbar, der eine starke Zunahme der Kosten für Bitumen bewirkte. Im Prognosezeitraum dürfte sich der Rohstoffpreisanstieg nur langsam beruhigen, und der zurückliegende Anstieg der Rohmaterialpreise dürfte noch einige Zeit auf die Baukosten durchwirken. Vor diesem Hintergrund erwartet das Institut, dass der Preisindex der Bauinvestitionen im Jahresdurchschnitt 2011 um 3.3 % steigen wird. Für 2012 geht das Institut angesichts der Erwartung stabiler Rohstoffpreise von einer Abschwächung des Preisanstiegs auf 2.8 % aus.

Im Jahr 2010 haben die Unternehmen ihre Lagerbestände, die sie während der Wirtschaftskrise stark reduziert hatten, wieder kräftig aufgestockt. Daher stiegen die gesamten **realen Bruttoinvestitionen** (einschließlich Lagerbestandsveränderungen) um 3.8 %, während die Bruttoanlageinvestitionen um 1.3 % sanken. Da sich die Vor-, Zwischen- und Fertigproduktlager nun wieder im Einklang mit der gesamtwirtschaftlichen Produktion bzw. Nachfrage befinden dürften, erwartet das Institut für den Prognosezeitraum keine nennenswerte Bewegung der Lagerbestandsveränderungen. Im Ergebnis beläuft sich die Prognose der Wachstumsrate der realen Bruttoinvestitionen auf 2.5 % im heurigen sowie 2.1 % im kommenden Jahr.

Im Prognosezeitraum wird sich die Lage der **öffentlichen Haushalte** deutlich entspannen. Zurückzuführen ist dies auf die konjunkturelle Entwicklung und auf die Konsolidierungsanstrengungen der öffentlichen Hand. Diese Entspannung bezieht sich jedoch vorerst nur auf die Defizitentwicklung, die Schuldenstandquote wird weiterhin ein sehr hohes Niveau aufweisen. Nach einem gesamtstaatlichen Defizit von 4.1 % in Relation zum nominellen BIP im letzten Jahr geht das Institut davon aus, dass die Defizitquote heuer auf 3 % und nächstes Jahr auf 2.5 % absinkt. Die Rückführung des gesamtstaatlichen Defizits ist eine wirtschaftspolitische Notwendigkeit. Die Bundesregierung hat mit dem Konsolidierungsprogramm einen wichtigen Beitrag geliefert, um dieses Ziel zu erreichen. Der größere Teil der Konsolidierung, welche sich über die nächsten Jahre erstrecken wird, soll ausgabenseitig erfolgen, der Anteil zusätzlicher Einnahmen auf etwa 40 % beschränkt bleiben. Das Institut geht davon aus, dass auch Länder und Gemeinden einen Beitrag zur Verbesserung der Staatsfinanzen leisten.

Nach der schwachen Entwicklung in den letzten beiden Jahren werden die Einnahmen aus Abgaben wieder deutlich anziehen. Von wesentlicher Bedeutung sind dabei die einnahmenseitigen Maßnahmen der Konsolidierung. Die Beschäftigungsentwicklung sowie die merkliche Verbesserung des nominellen Zuwachses des privaten Konsums tragen ebenfalls dazu bei. Die Produktionsabgaben werden infolge des Anstiegs der nominellen privaten Konsumausgaben sowie der steuerlichen Maßnahmen nach einem moderaten Zuwachs im letzten Jahr heuer kräftig anziehen. Im nächsten Jahr ist zwar mit einer schwächeren Entwicklung zu rechnen, dennoch werden die Einnahmen aus den Produktionsabgaben die Konsolidierung merklich unterstützen. Die direkten Steuern werden ebenfalls spürbar zulegen. Der Beschäftigungszuwachs sowie die Inflationsentwicklung führen zu deutlich höheren Einnahmen aus der Lohn- und Einkommensteuer als in den letzten beiden Jahren. Nach dem massiven Einbruch um 35 % im Jahr 2009 haben im vergangenen Jahr die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer mit einem Wachstum um fast 21 % wieder deutlich an Terrain gewonnen. Auch in diesem und im nächsten Jahr ist mit einem weiteren merklichen Anziehen zu rechnen. Die verbesserte Gewinnsituation der Unternehmen und das höhere Zinsniveau werden auch zu höheren Einnahmen aus der Kapitalertragsteuer führen.

Die ausgabenseitigen Konsolidierungsmaßnahmen im Prognosezeitraum werden merklich zur Verbesserung der öffentlichen Finanzen beitragen. Nach einer Stagnation des nominellen öffentlichen Konsums im letzten Jahr geht das Institut für heuer und nächstes Jahr von einem nominellen Wachstum in Höhe von 1.8 % bzw. 2.7 % des BIP aus. Der reale öffentliche Konsum wird im Prognosezeitraum nur leicht ansteigen. Die monetären Sozialleistungen werden in diesem Jahr nur eine geringe Dynamik aufweisen. Das schwächere Wachstum der Aufwendungen ist auf die Konsolidierungsanstrengungen sowie die Stabilisierung auf dem Arbeitsmarkt zurückzuführen. Im nächsten Jahr werden sie infolge der höheren Inflation wieder kräftiger zulegen. Die Subventionen werden weiterhin eine hohe Dynamik aufweisen. Der Aufwand für den Zinsendienst für die öffentliche Verschuldung wird derzeit durch das niedrige Zinsniveau gedämpft. Ein Anstieg des Zinsniveaus ist jedoch für die Zukunft zu erwarten, was den budgetären Spielraum massiv einschränkt.

Der Plan der Bundesregierung sieht eine moderate und schrittweise Konsolidierung vor. Falls Länder und Gemeinden ihren Beitrag erbringen, soll das Gewicht zwar stärker auf der Ausgabenseite liegen, jedoch ist der einnahmenseitige Anteil beträchtlich. Die Konsolidierungsanstrengungen werden im Prognosezeitraum zu einer Stabilisierung der Verschuldungsquote führen. Vor dem Hintergrund des zu erwartenden Anstiegs des Zinsniveaus sollten rasch weitere ausgabenseitige Maßnahmen folgen. Berechnungen des Institutes haben gezeigt, dass die derzeitigen Schritte erst über einen längeren Zeitraum dazu führen, dass die Verschuldungsquote auf das Maastricht-Ziel von 60 % zurückgeht. Die Entwicklungen in anderen Ländern haben gezeigt, wie bedeutend solide Staatsfinanzen für das Vertrauen der Anleger sind. Das Ziel eines ausgeglichenen öffentlichen Haushalts sollte daher zügig in Angriff genommen werden. Um dies zu erreichen, ist es wichtig, die bestehenden Einsparungsmöglichkeiten in den verschiedenen öffentlichen Bereichen zu nutzen. Die Vorschläge der Expertengruppe Staats- und Verwaltungsreform bieten hierfür genügend Ansatzpunkte. Für die Zukunft ist es auch notwendig, ein stärkeres Augenmerk auf die Ausgabendynamik bei den sozialen Sachleistungen (Stichwort Finanzierung aus einer Hand im Gesundheitsbereich) und bei den Pensionsausgaben zu legen.

Eine Anhebung des faktischen Pensionsantrittsalters würde das Wirtschaftswachstum stärken, zusätzliche Einnahmen generieren und eine wesentlich schwächere Dynamik bei den Pensionsausgaben implizieren.

Nach den vorliegenden Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung sind die **Arbeitnehmerentgelte je Aktiv-Beschäftigten** im Vorjahr um 1.6 % angestiegen. Die Tariflöhne haben im Jahr 2010 um durchschnittlich 1.5 % zugenommen, wobei im Jahresverlauf eine Dämpfung des Anstiegs zu verzeichnen war. Das eher gedämpfte Lohnwachstum entsprach der konjunkturellen Lage und der nach der Wirtschaftskrise angespannten Arbeitsmarktlage. Aufgrund der etwas dynamischeren Entwicklung der Konsumentenpreise stagnierten die Reallöhne im Jahr 2010.

Der Lohnabschluss in der Metallindustrie – der traditionell wegweisend für die folgenden Lohnverhandlungen in den anderen Branchen ist – hat in bewährter Manier einen goldenen Mittelweg zwischen den Ansprüchen einer angemessenen Erhöhung der Kaufkraft der ArbeitnehmerInnen einerseits und der Wahrung der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft andererseits angezeigt. In der Metallindustrie wurden die Ist-Löhne um 2.3 % und die Kollektivvertragslöhne um 2.5 % angehoben. Die vorliegende Prognose für 2011 geht folglich von einer mäßigen Beschleunigung des Wachstums der Arbeitnehmerentgelte je Aktiv-Beschäftigten von 2.1 % aus. Aufgrund der kräftigen Inflationsbeschleunigung werden die Reallöhne um 0.5 % zurückgehen und knapp 1 ¼ Prozentpunkte hinter der Arbeitsproduktivität zurückbleiben.

Im Jahr 2012 sollten die Entspannung auf dem Arbeitsmarkt und die prognostizierte robuste Konjunkturentwicklung wieder Spielraum für etwas kräftigere Lohnanstiege bieten. Zudem werden die Lohnabschlüsse den belebten Preisauftrieb berücksichtigen. Das Institut geht von einem Anstieg der Arbeitnehmerentgelte um 2.8 % aus. Mit einem Anstieg um 0.6 % werden die Reallöhne dann näher am prognostizierten Wachstum der Arbeitsproduktivität von 1.2 % zu liegen kommen.

Nach einem sehr verhaltenen Preisauftrieb zu Beginn des Jahres hat die **Inflationsrate** im Verlauf des Vorjahres deutlicher zugelegt. Ab März lag der Anstieg des Verbraucherpreisindex bei der 2-Prozent-Marke. Lediglich im August war eine vorübergehende Entspannung bei der Dynamik der Verbraucherpreise zu verzeichnen, als die Inflationsrate auf 1.7 % zurückging. Die Beschleunigung des Preisauftriebs im Jahresverlauf war fast ausschließlich auf den Anstieg der Preise für Mineralölprodukte und den zugrunde liegenden Rohölpreis zurückzuführen. Dieser Effekt wurde durch die Entwicklung des Euro-Wechselkurses gegenüber dem US-Dollar zeitweilig weiter verstärkt. Im Durchschnitt des vergangenen Jahres lag die Inflationsrate bei 1.9 %.

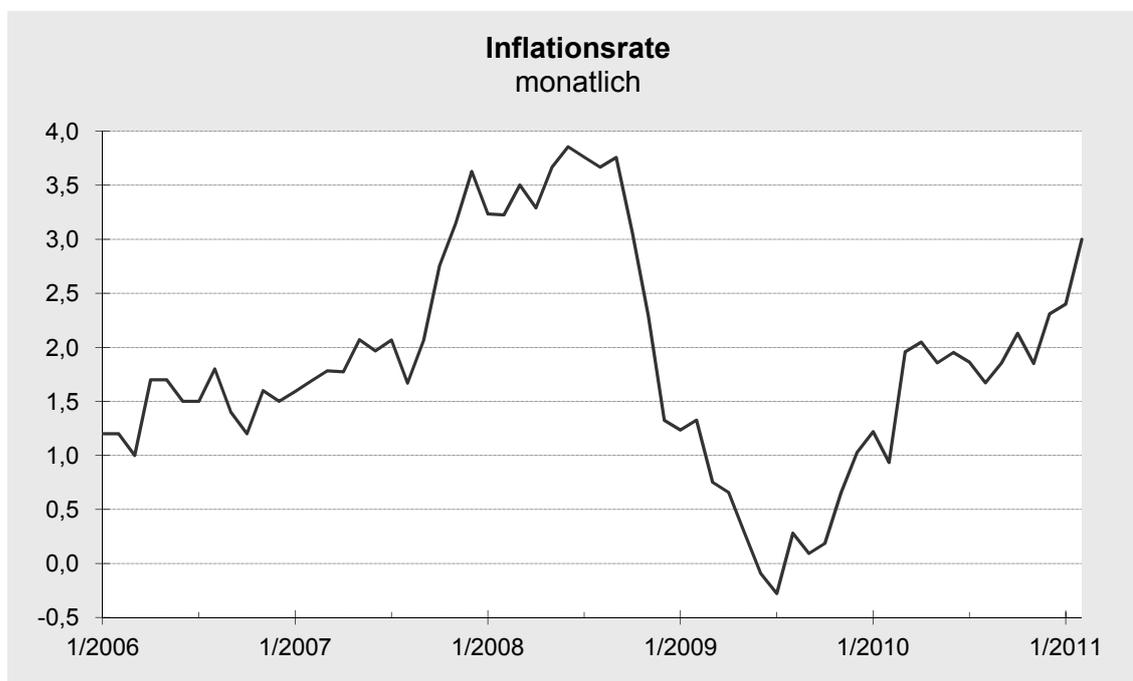
Der Anstieg des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) betrug im Vorjahr 1.7 % und lag damit knapp über dem Durchschnittswert des Euroraums von 1.6 %. Allerdings lagen die Preisanstiege in Österreich deutlich über dem Referenzwert des Haupthandelspartners Deutschland von 1.2 %.

Bereits im Dezember des Vorjahres war eine merkbare Beschleunigung des Preisauftriebs zu beobachten, als die Inflationsrate auf 2.3 % kletterte. Diese Tendenz setzte sich dann zu Jahresbeginn

unvermindert fort. Im Februar wurde ein Anstieg des Verbraucherpreisindex im Vorjahresvergleich um 3 % gemessen. Dies stellt den mit Abstand höchsten Wert seit Oktober 2008 dar. Die Ursachen der auffälligen Belebung des Preisauftriebs stellen einmal mehr die Anstiege der internationalen Rohstoffpreise und hier insbesondere des Rohölpreises dar. Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar kann diese Tendenz nur teilweise mildern.

Mittlerweile sind bereits erste Folgeeffekte der gestiegenen Rohstoffpreise im Verbraucherpreisindex zu identifizieren. Im Februar war der Preisauftrieb in allen Subaggregaten des VPI deutlich positiv. Der HVPI-Anstieg ist in diesem Monat auf 3.1 % geklettert und lag damit deutlich über dem Vergleichswert des Euroraums. Obwohl der Prognose die Annahme zugrunde liegt, dass sich die Preisdynamik auf den internationalen Rohstoffmärkten im Prognosezeitraum beruhigen wird, ist daher eine anhaltende Phase erhöhter Inflation in Österreich abzusehen. Für das laufende Jahr geht das Institut davon aus, dass im Jahresverlauf eine leichte Entspannung des Preisauftriebs einsetzen wird. Für den Jahresdurchschnitt ergibt sich eine Inflationsrate von 2.7 %.

Im Jahr 2012 gehen von den externen Faktoren wie Rohstoff- und Energiepreisen sowie dem Wechselkurs keine preistreibenden Impulse aus. Dennoch werden die Folgewirkungen der Inflationsdynamik im nächsten Jahr noch nachwirken, weil die von den Energiepreisen ausgelösten Kostensteigerungen mit Verzögerung überwälzt werden. Der Anstieg des VPI wird bei einem, angesichts der Konjunkturlage, relativ hohen Wert von 2.3 % zu liegen kommen.



Quelle: Statistik Austria

Im Jahr 2010 verbesserte sich die Arbeitsmarktlage. Im Jahresdurchschnitt stieg die **Beschäftigung** um rund 25,000 Personen (0.9 %) und die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen nahm um 10,000 Personen ab. Bei Berücksichtigung der Ausweitung der Schulungstätigkeit stagnierte die Arbeitslosenzahl. Die Arbeitslosenquote ging von 7.2 % auf 6.9 % zurück. Im Prognosezeitraum wird ein Beschäftigungszuwachs um rund 1 % erwartet. Allerdings weitet sich auch das Arbeitskräftepotenzial kräftig aus, sodass die Arbeitslosigkeit nur wenig zurückgeht. Damit bleibt die Arbeitslosenquote am Ende des Prognosezeitraums mit rund 6.7 % für österreichische Verhältnisse hoch. Die Arbeitsmarktpolitik sollte sich daher wieder verstärkt der Bekämpfung der strukturellen Schwächen des österreichischen Arbeitsmarktes zuwenden.

Seit der zweiten Hälfte des Vorjahres steigt die Beschäftigung mit beträchtlichem Tempo. Im Februar lag die Zahl der Aktiv-Beschäftigten um 74,000 Personen bzw. 2.3 % über dem Vergleichsniveau des Vorjahres. Knapp zwei Drittel des Beschäftigungsanstiegs entfallen dabei auf die Männer, die allerdings auch deutlich stärker von der Krise betroffen waren. In nahezu allen Wirtschaftsbereichen expandiert die Beschäftigung im Vorjahresvergleich. Die Sachgüterproduktion (11,000 Personen bzw. 1.9 %) und die unternehmensnahen Dienstleistungen (26,600 Personen bzw. 9.2 %) profitierten von der Konjunkturbelebung. Im Sachgüterbereich verzeichneten die Branchen Metall, Chemie und Maschinen- und Fahrzeugbau (3,300, 2,800 bzw. 2,500 Personen) markante Arbeitsplatzgewinne. Die deutliche Beschäftigungsausweitung am Bau (9,000 Personen bzw. 4.5 %) dürfte zu einem nicht unwesentlichen Anteil auf die relativ warme Witterung im Februar zurückgehen. Mit 52,000 zusätzlichen Jobs bleibt der Dienstleistungssektor der Beschäftigungsmotor. Dies entspricht einer Wachstumsrate von 2.2 %. Die Beschäftigung bei den Leiharbeitsfirmen erhöhte sich um 14,000 Personen. Darüber hinaus wuchs die Beschäftigung in den Bereichen Handel, Gesundheit, Unterrichtswesen und Information (um 9,000, 5,500, 3,500 bzw. 3,000 Personen) um mindestens 3,000 Personen. Trotz der positiven Beschäftigungsentwicklung bleibt das Beschäftigungsniveau in der Sachgüterproduktion und am Bau noch um etwa 5 % hinter dem Vorkrisenniveau (Februar 2008) zurück. Im Dienstleistungsbe- reich ist hingegen eine Steigerung um 2.5 % festzumachen.

In den kommenden Monaten dürfte sich die Beschäftigungsdynamik abschwächen. Der Indikator über die Anzahl offener Stellen deutet allerdings weiterhin auf eine positive Beschäftigungsentwicklung hin. Für den Jahresdurchschnitt 2011 wird somit mit einer Beschäftigungszunahme um 35,000 Personen (1 %) gerechnet. 2012 könnte die Beschäftigung um 0.9 % zulegen. Das Institut unterstellt, dass die Arbeitsproduktivität nur verhalten zunimmt und der Anteil der Teilzeitbeschäftigung weiter steigt.

Die Beschäftigtenstatistik des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger wurde Anfang des Jahres bereinigt. Die Rückrechnung der Daten des Hauptverbandes erfolgte bis Jahresbeginn 2008. Um statistische Brüche zu vermeiden, wurde in der Arbeitsmarktabelle die Beschäftigung vor 2008 anhand der zeitlichen Entwicklung zurückverkettet.

Arbeitsmarktentwicklung 2011

	Vorjahresveränderung Jänner bis Februar	
	Absolut	Relativ
Beschäftigte	66,721	2.0 %
Männer	43,705	2.6 %
Frauen	23,016	1.5 %
Aktiv-Beschäftigte*	68,676	2.2 %
Primärer Sektor	1,845	3.2 %
Sachgüterproduktion	10,294	1.9 %
Bau	5,911	3.0 %
Dienstleistungssektor	50,608	2.1 %
Arbeitslose	-17,358	-5.5 %
Männer	-17,501	-8.3 %
Frauen	143	0.1 %

Quelle: Hauptverband der Sozialversicherungsträger, AMS

* ohne KindergeldbezieherInnen, Präsenzdiener mit aufrechtem Beschäftigungsverhältnis

Die positive Beschäftigungsentwicklung schlägt sich in einem Rückgang der Arbeitslosigkeit nieder. Im Februar lag die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen um 21,200 Personen bzw. 6.6 % unter dem Vorjahresniveau. Während die Zahl der männlichen Arbeitslosen deutlich zurückgeht, stagniert die Arbeitslosigkeit bei den Frauen. Die Schulungsteilnehmer, welche nicht als arbeitslos gezählt werden, sind um 14,000 Personen zurückgegangen. Die männlichen Arbeitnehmer waren besonders stark vom Konjunkturereinbruch betroffen, jetzt profitieren sie von der Erholung. Zusätzlich reduziert die aufgrund der Witterung günstige Lage am Bau die Arbeitslosigkeit bei den Männern. Die Erwartung eines deutlich steigenden Arbeitsangebots im Jahr 2011 scheint sich zu bestätigen. Während die Beschäftigung um 66,000 Personen zugelegt hat, ist die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen nur um 17,000 Personen (31,000 bei Berücksichtigung der Schulungsteilnehmer) zurückgegangen. Für die Ausweitung des Arbeitsangebots sind konjunkturelle und institutionelle (z. B. Ende der Übergangsfristen für Arbeitnehmer aus den meisten mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten, Einführung der Mindestsicherung) Ursachen festzumachen. Das Institut erwartet für den Jahresdurchschnitt 2011 ein geringes Absinken des Bestands der vorgemerkten Arbeitslosen auf 245,000 Personen. 2012 wird die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen laut Prognose stagnieren.

Die Arbeitslosenquote (gemäß nationaler Definition) wird im Prognosezeitraum annähernd stagnieren. Nach 6.9 % im Jahresdurchschnitt 2010 werden für den Prognosezeitraum Werte von 6.8 % und 6.7 % erwartet. Die Arbeitslosenquote nach Eurostat-Berechnungsmethode wird nach 4.4 % im Vorjahr, 4.3 % in beiden Prognosejahren betragen.

Der österreichische Arbeitsmarkt hat die Krise im internationalen Vergleich relativ gut bewältigt. Nun sollten wieder Überlegungen zur Absenkung der strukturellen Arbeitslosigkeit in das Zentrum der Arbeitsmarktpolitik rücken. Notwendig erscheint auch eine stärkere Arbeitsmarktorientierung in der Bildungspolitik. Präventive Maßnahmen zur frühzeitigen Bekämpfung von potenziellen Qualifikationsdefiziten (etwa durch Früh-Kind-Förderung bei bildungsfernen Schichten, Integrationsmaßnahmen bei Migranten bzw. bei Personen mit Migrationshintergrund) sind notwendig und erfolgversprechend. Der moderne Arbeitsmarkt erfordert ein Mindestniveau an Basiskompetenzen (Lesen, Rechnen, PC-Grundkenntnisse). Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung ist es auch notwendig, das vorhandene Arbeitskräftepotenzial stärker auszuschöpfen. So muss das effektive Pensionsantrittsalter unbedingt angehoben werden. Weitere Lohnnebenkostensenkungen für ältere Arbeitnehmer sind überlegenswert, eine Reform der Altersteilzeit (Abschaffung der Blockvariante, höhere Antrittsalter) sinnvoll. Maßnahmen, die es erleichtern, Erwerbs- und Familienleben besser zu vereinbaren, sind für eine Anhebung der Erwerbsquote (vor allem bei den Frauen) notwendig. Überlegenswert sind in diesem Zusammenhang auch Maßnahmen zur Erhöhung der Arbeitszeitflexibilisierung. Diese sollten so ausgestaltet werden, dass sowohl Arbeitgeber (niedrigere Kosten) als auch Arbeitnehmer (Beschäftigungssicherheit, Autonomie) profitieren können.

5. Monetäre Prognose

Die Leitzinsen im Euroraum blieben im ersten Quartal 2011 unverändert, allerdings hat die EZB eine baldige Zinserhöhung in Aussicht gestellt. Seit Mai 2009 liegt der Mindestbietungssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte auf dem historisch niedrigen Niveau von 1 %. In den vergangenen Monaten hat sich das Wachstum der Verbraucherpreise im Euroraum beschleunigt. Gemessen am HVPI wurden im Dezember, Jänner und Februar Inflationsraten von 2.2 %, 2.3 % bzw. 2.4 % verzeichnet. Damit liegt die Inflation seit Dezember wieder über dem Zielsatz der EZB von knapp 2 %. Angesichts der guten wirtschaftlichen Entwicklung in einigen Ländern des Euroraums dürfte eine Wende in der europäischen Zinspolitik bevorstehen. Das Institut geht davon aus, dass die EZB bereits im April beginnen wird, schrittweise die Leitzinsen anzuheben.

Leitzinsen	Europäische Zentralbank	Federal Reserve	Bank of England	Schweizerische Nationalbank	Bank of Japan
Ende 2008	2.5	0 – 0.25	2	0 – 1	0.1
Ende 2009	1	0 – 0.25	0.5	0 – 0.75	0.1
Ende 2010	1	0 – 0.25	0.5	0 – 0.75	0.1
28.3.2011	1	0 – 0.25	0.5	0 – 0.75	0.1

Quelle: Nationale Zentralbanken, Thomson Reuters Datastream

Die Unsicherheit bezüglich der Konsolidierung der öffentlichen Finanzen in einigen europäischen Staaten bleibt groß – und damit die Renditespreads gegenüber deutschen Bundesanleihen. Insbesondere die Risikoaufschläge der Staatsanleihen von Griechenland, Irland und Portugal haben sich wieder ausgeweitet (siehe Grafik).

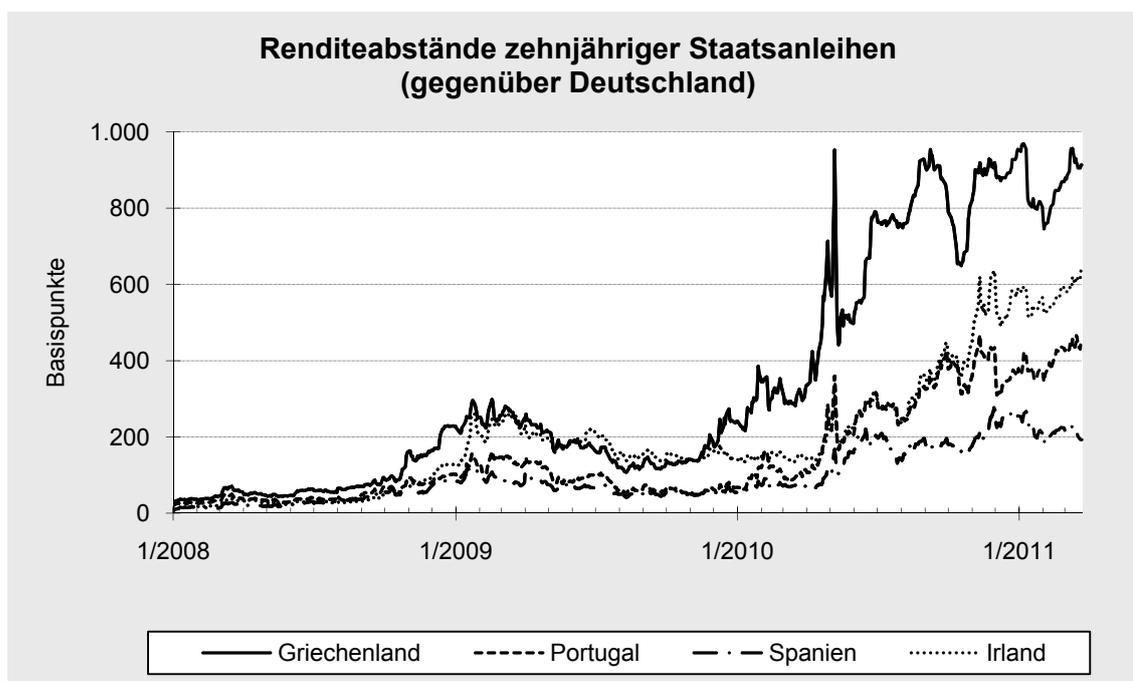
In Österreich, Deutschland und im Euroraum-Durchschnitt sind die Renditen auf den Märkten für Staatsanleihen vom vierten Quartal 2010 auf das erste Quartal 2011 weiter gestiegen. Österreichische Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren wiesen im abgelaufenen Quartal eine durchschnittliche Rendite von 3.5 % auf, deutsche Bundesanleihen der gleichen Laufzeit rentierten zu durchschnittlich 3.2 %. Aufgrund der hohen öffentlichen Verschuldung vieler Staaten sowie der steigenden Risikobereitschaft der Anleger und der damit verbundenen Vermögensumschichtungen erwartet das Institut im Prognosezeitraum steigende Staatsanleihe-Renditen. Für 2011 und 2012 wird für österreichische Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren eine durchschnittliche Jahresrendite von 3.7 % bzw. 4.5 % prognostiziert.

Seit Mitte Oktober liegt der 3-Monats-Euribor wieder oberhalb des EZB-Leitzinses, wie dies auch vor der jüngsten Finanz- und Wirtschaftskrise der Fall war. Von 0.9 % bzw. 1.0 % in den letzten beiden Quartalen 2010 ist der 3-Monats-Euribor im ersten Quartal des laufenden Jahres auf rund 1.1 % gestiegen. Für 2011 und 2012 erwartet das Institut angesichts steigender Leitzinsen auch wachsende

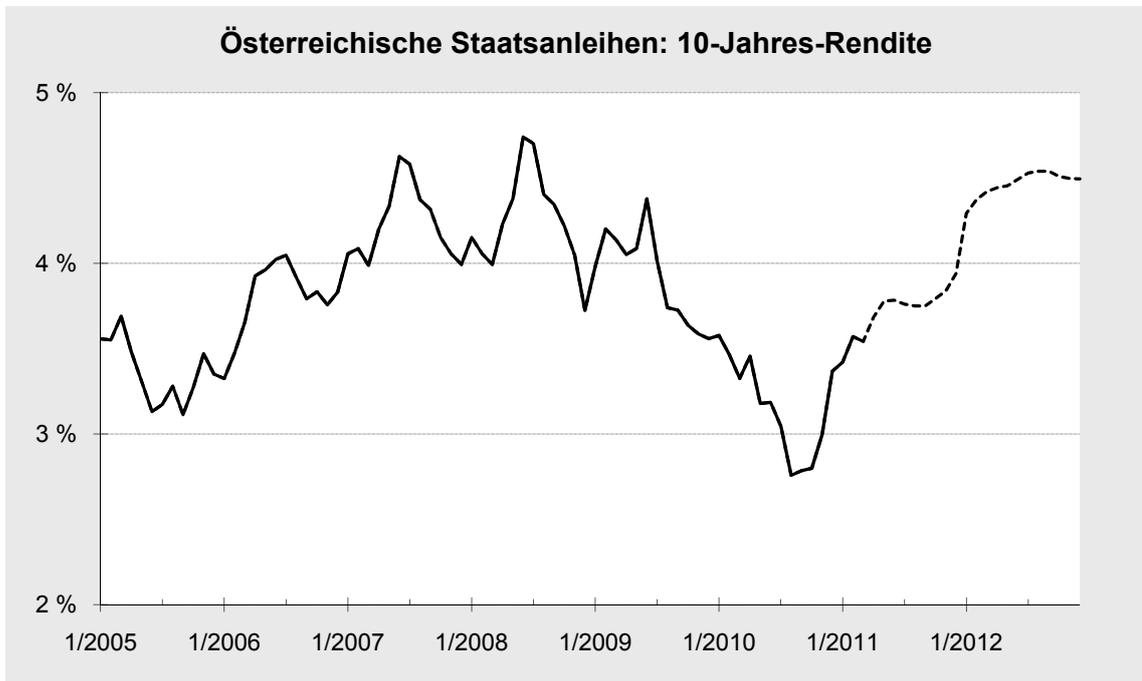
Geldmarktzinsen. Die Prognose für den jahresdurchschnittlichen 3-Monats-Euribors beträgt 1.6 % bzw. 2.2 %.

Bezogen auf Quartalsdurchschnittswerte ist der Euro gegenüber dem US-Dollar im ersten Quartal 2011 – wie bereits in den beiden Vorquartalen – gestiegen (+0.8 %). Im Quartalsdurchschnitt betrug der Wechselkurs 1.37 USD/EUR. Für 2011 und 2012 wird ein durchschnittlicher Jahreskurs von 1.39 bzw. 1.40 USD/EUR erwartet.

Die Prognose des Instituts zur Entwicklung verschiedener Einlagekategorien und des vergebenen Kreditvolumens von in Österreich meldepflichtigen Kreditinstituten für 2011 und 2012 fällt wie folgt aus. Die Sichteinlagen sollten im Prognosezeitraum um 7.7 % bzw. 7.9 % steigen, die Termineinlagen um 12.2 % bzw. 12.9 % expandieren. Für die Spareinlagen prognostiziert das Institut ein jahresdurchschnittliches Wachstum um 2.3 % bzw. 2.5 %. Das Kreditvolumen sollte um 2.5 % bzw. 2.9 % ausgeweitet werden. Diese Werte entsprechen im Wesentlichen jenen der Dezember-Prognose.



ERGEBNISSE DER MONETÄREN PROGNOSE



Quelle: Thomson Reuters Datastream, eigene Berechnungen

Erläuterung: Die strichlierte Linie gibt die prognostizierten Werte an.

TAB. 1/1: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT (ABSOLUT UND VERÄNDERUNG GEGENÜBER VORJAHR)

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
GDP	243,585 2,5%	252,350 3,6%	261,762 3,7%	267,465 2,2%	257,065 -3,9%	262,108 2,0%	268,145 2,3%	273,755 2,1%
GDP\$	243,585 4,6%	256,951 5,5%	272,010 5,9%	283,085 4,1%	274,320 -3,1%	284,002 3,5%	296,257 4,3%	308,525 4,1%
PGDP	100,000 2,1%	101,823 1,8%	103,915 2,1%	105,840 1,9%	106,712 0,8%	108,353 1,5%	110,484 2,0%	112,701 2,0%
PLC	91,324 2,3%	92,694 1,5%	94,703 2,2%	97,717 3,2%	98,174 0,5%	100,000 1,9%	102,700 2,7%	105,062 2,3%
YWGLEA	38,673 2,6%	39,829 3,0%	41,016 3,0%	42,183 2,8%	43,189 2,4%	43,872 1,6%	44,793 2,1%	46,048 2,8%
LEA	3090,521 1,0%	3141,716 1,7%	3206,814 2,1%	3283,003 2,4%	3234,487 -1,5%	3260,013 0,8%	3295,873 1,0%	3325,536 0,9%
UR	7,319 0,171	6,855 -0,464	6,287 -0,568	5,894 -0,393	7,232 1,338	6,945 -0,287	6,770 -0,175	6,689 -0,081

TAB. 1/2: WACHSTUMSBEITRÄGE DER REALEN ENDNACHFRAGEKOMponentEN (IN PROZENTPUNKTEN)

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Var1	1,151	0,968	0,392	0,233	0,740	0,527	0,420	0,569
Var2	0,026	0,006	-0,008	0,016	-0,048	0,004	0,001	0,016
Var3	0,309	0,500	0,387	0,714	0,079	-0,458	0,037	0,090
Var4	0,361	0,665	1,579	0,240	-2,896	0,786	0,524	0,442
Var5	0,341	0,309	0,651	0,706	-1,273	0,119	0,448	0,356
Var6	-0,089	0,082	0,179	0,175	-0,650	-0,360	0,000	0,049
Var7	-0,097	-0,044	0,101	-0,083	0,266	-0,222	0,003	0,002
Var8	3,812	4,191	4,873	0,565	-9,409	5,521	4,096	3,410
Var9	2,441	2,850	4,063	0,054	-7,916	4,519	3,473	2,848
Var10	1,362	1,341	0,800	0,518	-1,488	1,003	0,608	0,547
Var11	-3,102	-2,688	-3,595	0,493	7,380	-4,197	-2,778	-2,436
Var12	-2,407	-2,144	-3,577	0,285	6,355	-3,823	-2,412	-2,091
Var13	-0,694	-0,544	-0,007	0,207	1,023	-0,408	-0,372	-0,346
GDP	2,460	3,599	3,729	2,179	-3,888	1,961	2,303	2,092

TAB. 1/3: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Var1	22,543 -0,194	22,402 -0,141	23,119 0,717	22,861 -0,258	20,773 -2,088	21,145 0,372	21,181 0,036	21,180 -0,001
UREU	5,2 0,4	4,7 -0,5	4,4 -0,3	3,8 -0,6	4,8 1,0	4,4 -0,4	4,3 -0,1	4,3 0,0
Var4	1,231 -1,182	1,973 0,742	2,238 0,265	2,388 0,149	3,096 0,708	1,622 -1,474	1,754 0,131	2,463 0,710
Var5	38,673 -0,1%	38,960 0,7%	39,057 0,2%	39,184 0,3%	40,459 3,3%	40,461 0,0%	40,264 -0,5%	40,500 0,6%
PRLEA	7,882 1,4%	8,032 1,9%	8,163 1,6%	8,147 -0,2%	7,948 -2,4%	8,040 1,2%	8,136 1,2%	8,232 1,2%
Var6	-1,7 2,7	-1,5 0,2	-0,4 1,1	-0,4 0,0	-3,5 -3,0	-4,1 -0,7	-3,0 1,1	-2,5 0,5

TAB. 2: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
C\$	130,281 4,8%	135,596 4,1%	140,330 3,5%	144,513 3,0%	145,409 0,6%	149,170 2,6%	154,273 3,4%	159,401 3,3%
CNP\$	3,486 2,9%	3,469 -0,5%	3,482 0,4%	3,640 4,5%	3,597 -1,2%	3,734 3,8%	3,798 1,7%	3,930 3,5%
CP\$	45,136 4,1%	47,431 5,1%	49,495 4,4%	52,877 6,8%	54,714 3,5%	54,651 -0,1%	55,636 1,8%	57,145 2,7%
IF\$	54,911 3,8%	57,346 4,4%	63,001 9,9%	65,615 4,1%	58,414 -11,0%	62,377 6,8%	65,674 5,3%	68,483 4,3%
IFES\$	24,949 4,9%	26,114 4,7%	28,207 8,0%	30,451 8,0%	26,996 -11,3%	28,024 3,8%	29,988 7,0%	31,566 5,3%
IFCS\$	27,856 1,9%	28,366 1,8%	30,072 6,0%	31,983 6,4%	30,982 -3,1%	30,894 -0,3%	31,898 3,3%	32,939 3,3%
DIF\$	0,000 0,000	-0,001 -0,001	0,003 0,004	0,027 0,024	-0,265 -0,292	0,242 0,507	0,265 0,024	0,282 0,017
VD\$	233,814 4,4%	243,841 4,3%	256,310 5,1%	266,671 4,0%	261,869 -1,8%	270,174 3,2%	279,647 3,5%	289,241 3,4%
X\$	132,036 9,3%	145,996 10,6%	161,397 10,5%	167,598 3,8%	138,618 -17,3%	157,126 13,4%	174,950 11,3%	187,638 7,3%
M\$	122,265 9,2%	132,887 8,7%	145,697 9,6%	151,184 3,8%	126,167 -16,5%	143,297 13,6%	158,340 10,5%	168,354 6,3%
GDP\$	243,585 4,6%	256,951 5,5%	272,010 5,9%	283,085 4,1%	274,320 -3,1%	284,002 3,5%	296,257 4,3%	308,525 4,1%

TAB. 3: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2005)

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
C	130,281 2,1%	132,639 1,8%	133,629 0,7%	134,238 0,5%	136,216 1,5%	137,572 1,0%	138,673 0,8%	140,198 1,1%
CNP	3,486 1,8%	3,502 0,4%	3,483 -0,5%	3,525 1,2%	3,396 -3,7%	3,406 0,3%	3,409 0,1%	3,452 1,3%
CP	45,136 1,7%	46,354 2,7%	47,331 2,1%	49,200 4,0%	49,413 0,4%	48,235 -2,4%	48,331 0,2%	48,573 0,5%
IF	54,911 1,6%	56,532 3,0%	60,516 7,0%	61,145 1,0%	53,400 -12,7%	55,421 3,8%	56,796 2,5%	57,981 2,1%
IFE	24,949 3,4%	25,701 3,0%	27,343 6,4%	29,192 6,8%	25,787 -11,7%	26,092 1,2%	27,266 4,5%	28,220 3,5%
IFC	27,856 -0,7%	28,057 0,7%	28,507 1,6%	28,964 1,6%	27,225 -6,0%	26,299 -3,4%	26,299 0,0%	26,431 0,5%
DIF	0,000 -0,230	-0,107 -0,107	0,146 0,254	-0,071 -0,217	0,641 0,712	0,071 -0,570	0,078 0,007	0,083 0,005
VD	233,814 1,8%	238,919 2,2%	245,111 2,6%	247,997 1,2%	242,584 -2,2%	244,433 0,8%	247,027 1,1%	250,037 1,2%
X	132,036 7,4%	142,245 7,7%	154,542 8,6%	156,021 1,0%	130,856 -16,1%	145,048 10,8%	155,784 7,4%	164,927 5,9%
M	122,265 6,4%	128,814 5,4%	137,885 7,0%	136,594 -0,9%	116,856 -14,4%	127,646 9,2%	134,927 5,7%	141,459 4,8%
GDP	243,585 2,5%	252,350 3,6%	261,762 3,7%	267,465 2,2%	257,065 -3,9%	262,108 2,0%	268,145 2,3%	273,755 2,1%

TAB. 4: PREISINDIZES (2005 = 100)

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
PC	100,000 2,6%	102,229 2,2%	105,015 2,7%	107,654 2,5%	106,748 -0,8%	108,430 1,6%	111,250 2,6%	113,697 2,2%
PCP	100,000 2,4%	102,324 2,3%	104,574 2,2%	107,472 2,8%	110,729 3,0%	113,302 2,3%	115,115 1,6%	117,647 2,2%
PIF	100,000 2,2%	101,441 1,4%	104,106 2,6%	107,310 3,1%	109,391 1,9%	112,551 2,9%	115,632 2,7%	118,112 2,1%
PIFE	100,000 1,5%	101,606 1,6%	103,160 1,5%	104,312 1,1%	104,690 0,4%	107,407 2,6%	109,985 2,4%	111,854 1,7%
PIFC	100,000 2,7%	101,104 1,1%	105,490 4,3%	110,422 4,7%	113,800 3,1%	117,470 3,2%	121,288 3,3%	124,623 2,8%
PVD	100,000 2,6%	102,060 2,1%	104,569 2,5%	107,530 2,8%	107,950 0,4%	110,531 2,4%	113,205 2,4%	115,679 2,2%
PX	100,000 1,8%	102,637 2,6%	104,436 1,8%	107,420 2,9%	105,932 -1,4%	108,326 2,3%	112,303 3,7%	113,770 1,3%
PM	100,000 2,6%	103,162 3,2%	105,666 2,4%	110,681 4,7%	107,968 -2,5%	112,261 4,0%	117,352 4,5%	119,012 1,4%
PGDP	100,000 2,1%	101,823 1,8%	103,915 2,1%	105,840 1,9%	106,712 0,8%	108,353 1,5%	110,484 2,0%	112,701 2,0%

TAB. 5: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
XG\$	96,260 8,6%	106,505 10,6%	118,724 11,5%	121,511 2,3%	96,986 -20,2%	112,815 16,3%	127,594 13,1%	138,250 8,4%
XSO\$	24,375 14,6%	28,034 15,0%	30,733 9,6%	33,135 7,8%	29,288 -11,7%	31,705 8,3%	34,370 8,4%	36,010 4,8%
XST\$	11,402 4,0%	11,457 0,5%	11,941 4,2%	12,952 8,5%	12,364 -4,5%	12,606 2,0%	12,986 3,0%	13,379 3,0%
X\$	132,036 9,3%	145,996 10,6%	161,397 10,5%	167,598 3,8%	138,618 -17,3%	157,126 13,4%	174,950 11,3%	187,638 7,3%
MG\$	97,306 9,1%	106,118 9,1%	117,654 10,9%	122,067 3,8%	99,313 -18,6%	115,047 15,8%	128,168 11,4%	136,725 6,7%
M\$O\$	19,649 11,6%	21,315 8,5%	22,522 5,7%	23,729 5,4%	21,160 -10,8%	22,543 6,5%	24,322 7,9%	25,670 5,5%
M\$T\$	5,310 2,1%	5,453 2,7%	5,521 1,2%	5,388 -2,4%	5,694 5,7%	5,707 0,2%	5,851 2,5%	5,959 1,9%
M\$	122,265 9,2%	132,887 8,7%	145,697 9,6%	151,184 3,8%	126,167 -16,5%	143,297 13,6%	158,340 10,5%	168,354 6,3%

TAB. 6: EXPORTE UND IMPORTE I.T. VGR (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2005)

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
XG	96,260 6,4%	103,202 7,2%	113,454 9,9%	113,596 0,1%	92,425 -18,6%	104,042 12,6%	113,146 8,8%	120,784 6,8%
XSO	24,375 14,2%	27,722 13,7%	29,305 5,7%	29,847 1,8%	26,277 -12,0%	28,554 8,7%	30,053 5,3%	31,331 4,3%
XST	11,402 1,9%	11,321 -0,7%	11,756 3,8%	12,571 6,9%	12,161 -3,3%	12,462 2,5%	12,556 0,8%	12,744 1,5%
X	132,036 7,4%	142,245 7,7%	154,542 8,6%	156,021 1,0%	130,856 -16,1%	145,048 10,8%	155,784 7,4%	164,927 5,9%
MG	97,306 6,2%	102,530 5,4%	111,556 8,8%	110,809 -0,7%	93,813 -15,3%	103,641 10,5%	109,963 6,1%	115,571 5,1%
MSO	19,649 9,3%	21,000 6,9%	21,121 0,6%	20,844 -1,3%	17,898 -14,1%	19,003 6,2%	19,953 5,0%	20,851 4,5%
MST	5,310 -0,4%	5,284 -0,5%	5,181 -2,0%	4,917 -5,1%	5,127 4,3%	5,072 -1,1%	5,098 0,5%	5,128 0,6%
M	122,265 6,4%	128,814 5,4%	137,885 7,0%	136,594 -0,9%	116,856 -14,4%	127,646 9,2%	134,927 5,7%	141,459 4,8%

TAB. 7: EXPORT- UND IMPORTPREISINDIZES LT. VGR (2005 = 100)

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
PXG	100,000 2,1%	103,200 3,2%	104,645 1,4%	106,968 2,2%	104,936 -1,9%	108,432 3,3%	112,769 4,0%	114,461 1,5%
PXSO	100,000 0,3%	101,128 1,1%	104,870 3,7%	111,015 5,9%	111,385 0,3%	111,032 -0,3%	114,363 3,0%	114,935 0,5%
PXST	100,000 2,1%	101,200 1,2%	101,572 0,4%	103,031 1,4%	101,665 -1,3%	101,152 -0,5%	103,428 2,3%	104,979 1,5%
PX	100,000 1,8%	102,637 2,6%	104,436 1,8%	107,420 2,9%	105,932 -1,4%	108,326 2,3%	112,303 3,7%	113,770 1,3%
PMG	100,000 2,7%	103,500 3,5%	105,466 1,9%	110,160 4,5%	105,864 -3,9%	111,005 4,9%	116,556 5,0%	118,304 1,5%
PMSO	100,000 2,1%	101,500 1,5%	106,632 5,1%	113,840 6,8%	118,225 3,9%	118,629 0,3%	121,892 2,8%	123,111 1,0%
PMST	100,000 2,5%	103,200 3,2%	106,575 3,3%	109,583 2,8%	111,042 1,3%	112,521 1,3%	114,771 2,0%	116,206 1,3%
PM	100,000 2,6%	103,162 3,2%	105,666 2,4%	110,681 4,7%	107,968 -2,5%	112,261 4,0%	117,352 4,5%	119,012 1,4%
Var1	100,000 -0,8%	99,491 -0,5%	98,836 -0,7%	97,054 -1,8%	98,114 1,1%	96,495 -1,7%	95,697 -0,8%	95,595 -0,1%
Var2	100,000 -0,6%	99,710 -0,3%	99,221 -0,5%	97,103 -2,1%	99,123 2,1%	97,682 -1,5%	96,751 -1,0%	96,751 0,0%

TAB. 8: AUSSENHANDELSVERFLECHTUNG ÖSTERREICHS (PROZENT BZW. PROZENTPUNKTE)

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Var1	50,194 2,093	51,717 1,523	53,563 1,846	53,406 -0,158	45,993 -7,413	50,456 4,464	53,447 2,990	54,567 1,121
Var2	39,948 1,646	41,299 1,352	43,254 1,954	43,120 -0,133	36,203 -6,917	40,509 4,306	43,262 2,753	44,316 1,053
Var3	54,206 2,295	56,819 2,613	59,335 2,516	59,204 -0,131	50,532 -8,673	55,325 4,794	59,054 3,728	60,818 1,764
Var4	39,518 1,458	41,450 1,932	43,647 2,197	42,924 -0,723	35,355 -7,569	39,723 4,368	43,069 3,345	44,810 1,741

TAB. 9: ARBEITSMARKT (1000 PERSONEN BZW. PROZENT)

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
POPWAT	5329,443 0,6%	5360,245 0,6%	5376,975 0,3%	5399,674 0,4%	5414,200 0,3%	5433,154 0,4%	5455,694 0,4%	5472,250 0,3%
TLFPR	72,313 0,6%	72,671 0,5%	73,359 0,9%	74,411 1,4%	74,298 -0,2%	74,386 0,1%	74,788 0,5%	75,184 0,5%
TLF	3853,877 1,2%	3895,346 1,1%	3944,480 1,3%	4017,970 1,9%	4022,660 0,1%	4041,516 0,5%	4080,198 1,0%	4114,270 0,8%
Var1	3434,514 0,9%	3461,555 0,8%	3491,394 0,9%	3542,658 1,5%	3542,215 0,0%	3542,073 0,0%	3554,534 0,4%	3572,836 0,5%
DLFFOR	419,363 3,9%	433,791 3,4%	453,086 4,4%	475,312 4,9%	480,445 1,1%	499,443 3,1%	525,664 5,3%	541,434 3,0%
SEG	401,900 1,4%	406,500 1,1%	409,600 0,8%	417,100 1,8%	423,300 1,5%	430,496 1,7%	436,954 1,5%	442,415 1,3%
DLF	3451,977 1,2%	3488,846 1,1%	3534,880 1,3%	3600,870 1,9%	3599,360 0,0%	3611,020 0,3%	3643,244 0,9%	3671,855 0,8%
LEA	3090,521 1,0%	3141,716 1,7%	3206,814 2,1%	3283,003 2,4%	3234,487 -1,5%	3260,013 0,9%	3295,873 1,1%	3325,536 0,9%
LENACT	108,803 -0,1%	107,956 -0,8%	105,817 -2,0%	105,614 -0,2%	104,563 -1,0%	100,225 -7,0%	100,726 0,5%	100,726 0,0%
UN	252,654 3,6%	239,174 -5,3%	222,248 -7,1%	212,253 -4,5%	260,309 22,6%	250,782 -3,7%	246,645 -1,6%	245,592 -0,4%
UR	7,319 0,171	6,855 -0,464	6,287 -0,568	5,894 -0,393	7,232 1,338	6,945 -0,287	6,770 -0,175	6,689 -0,081

TAB. 10: EINKOMMENSVERTEILUNG (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
GDP\$	243,585 4,6%	256,951 5,5%	272,010 5,9%	283,085 4,1%	274,320 -3,1%	284,002 3,5%	296,257 4,3%	308,525 4,1%
YWGG\$	119,520 3,6%	125,130 4,7%	131,530 5,1%	138,486 5,3%	139,695 0,9%	143,023 2,4%	147,633 3,2%	153,133 3,7%
BUSE	97,432 6,4%	104,680 7,4%	111,530 6,5%	114,919 3,0%	105,043 -8,6%	111,535 6,2%	117,560 5,4%	123,397 5,0%
PASUB	26,632 2,8%	27,140 1,9%	28,950 6,7%	29,680 2,5%	29,583 -0,3%	29,444 -0,5%	31,064 5,5%	31,996 3,0%
YF\$	-2,380 36,1%	-2,786 17,0%	-3,300 18,5%	-3,919 18,8%	-2,861 -27,0%	-2,172 -24,1%	-2,172 0,0%	-2,172 0,0%
DEP\$	37,578 4,2%	39,118 4,1%	41,145 5,2%	43,313 5,3%	44,768 3,4%	46,730 4,4%	48,599 4,0%	50,422 3,8%
Y\$	203,626 4,4%	215,047 5,6%	227,565 5,8%	235,853 3,6%	226,691 -3,9%	235,101 3,7%	245,486 4,4%	255,932 4,3%
YT\$	-2,075 8,0%	-1,810 -12,8%	-1,523 -15,9%	-2,064 35,6%	-2,399 16,2%	-2,665 11,1%	-2,798 5,0%	-2,938 5,0%
NE\$	201,551 4,4%	213,237 5,8%	226,042 6,0%	233,788 3,4%	224,292 -4,1%	232,436 3,6%	242,688 4,4%	252,994 4,2%

TAB. 11 : MONETAERER BEREICH (JAHRESDURCHSCHNITTE IN MRD. € BZW. PROZENT)

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
SI	55,901 12,3%	60,682 8,6%	65,863 8,5%	69,205 5,1%	79,801 15,3%	88,002 10,3%	94,778 7,7%	102,266 7,9%
TE	20,374 8,4%	24,453 20,0%	32,759 34,0%	44,861 36,9%	37,546 -16,3%	33,804 -10,0%	37,928 12,2%	42,821 12,9%
SP	136,237 1,6%	138,213 1,5%	142,578 3,2%	150,148 5,3%	158,129 5,3%	156,950 -0,7%	160,560 2,3%	164,574 2,5%
KV	257,653 4,8%	272,179 5,6%	280,162 2,9%	297,068 6,0%	303,099 2,0%	307,782 1,5%	315,476 2,5%	324,625 2,9%
REU3M	2,19 0,08	3,08 0,90	4,28 1,20	4,63 0,35	1,23 -3,40	0,81 -0,42	1,57 0,76	2,19 0,62
REU10J	3,36 -0,71	3,80 0,43	4,29 0,49	4,25 -0,04	3,92 -0,33	3,16 -0,76	3,72 0,56	4,47 0,75

TAB. 12: WECHSELKURSE

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
USD/EUR	1,245 0,1%	1,256 1,0%	1,371 9,1%	1,471 7,3%	1,394 -5,2%	1,327 -4,8%	1,393 5,0%	1,400 0,5%
GBP/EUR	0,684 0,8%	0,682 -0,3%	0,685 0,4%	0,797 16,3%	0,892 11,9%	0,858 -3,8%	0,852 -0,7%	0,823 -3,4%
YEN/EUR	136,828 1,8%	146,096 6,8%	161,256 10,4%	152,381 -5,5%	130,330 -14,5%	116,445 -10,7%	112,943 -3,0%	115,813 2,5%
CHF/EUR	1,549 0,3%	1,573 1,6%	1,643 4,5%	1,587 -3,4%	1,510 -4,9%	1,382 -8,5%	1,290 -6,7%	1,294 0,3%

Autoren: Bernhard Felderer, Ines Fortin, Daniela Grozea-Helmenstein, Jaroslava Hlouskova,
Helmut Hofer, Robert M. Kunst, Ulrich Schuh, Wolfgang Schwarzbauer, Edith Skriner,
Ludwig Strohner, Klaus Weyerstraß

Titel: Prognose der österreichischen Wirtschaft 2011-2012

Wirtschaftsprognose / Economic Forecast 66

Redaktion: Isabella Andrej

© 2011 Institut für Höhere Studien (IHS)

Eigentümer, Herausgeber und Hersteller: Institut für Höhere Studien (IHS)

Stumpergasse 56, A-1060 Wien ♦ ☎ +43 1 59991-0 ♦ Fax +43 1 59991-555 ♦ <http://www.ihs.ac.at>
